MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945
2 (1932)

62 (17.3.1932)

urn:nbn:de:bsz:mh40-254489

Eing. 17 MÄRZ 1932

Hakenkreuzbanner

Verlag: Die Volksgemeinschaft. Herausgeber: Otto Wetzel. Schriftleitung: Lutherstraße 16, Telephon 4048. Mannheimer Schriftleitung: P 5, 13a. Tel. 31 471. Das Hakenkreuzbanner erscheint 6mal wöchentlich und kostet monatlich 2.40 RM. Bei Postbezug zuzüglich 36 Pfg. Bestellungen nehmen die Postämter und Briefträger entgegen. Ist die Zeitung am Erscheinen (auch durch höhere Gewalt) verhindert, besteht kein Anspruch auf Entschädigung. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Verantwortung.

NATIONALSOZIALISTISCHES KAMPFBLATT NORDWESTBADENS

Anzeigen: Die 8gespaltene Millimeterzeile 10 Pfennige. Die 4gespaltene Millimeterzeile im Textteil 35 Pfg. Für kleine Anzeigen: die 5gespaltene Millimeterzeile 5 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt nach aufliegendem Tarif. Schluß der Anzeigen-Annahme: 16 Uhr. Anzeigen-Annahme: Mannheim P 5, 13a Telephon 31 471; Zahlungs- und Erfüllungsort: Heidelberg. Ausschließlicher Gerichtsstand: Heidelberg. Postscheckkonto: Die Volksgemeinschaft, Karlsruhe 21 834.
Verlagsort Heidelberg

Nr. 62 / 2. Jahrgang | Mannheim, Donnerstag, den 17. März 1932 | Freiverkauf 15 Pfg.

Hitler erneut im Kampf um die Nation

Weimar, 15. März. Zum erstenmal nach der Präsidentenwahl sprach Adolf Hitler am Dienstag Abend in der neuerbauten Weimarer Stadthalle vor einer vieltausendköpfigen Menge. Die Rede Hitlers war eine scharfe Kampfansage an seine Gegner. Nachdem er kurz seine Vernehmung vor dem Polizeiuntersuchungsausschuß gestreift hatte, ging Hitler auf den Wahlkampf ein. Wenn man die ungleichen Waffen, mit denen der Wahlkampf geführt wurde, betrachte, so könne die NSDAP. stolz darauf sein, daß sie als einzige Partei ganz allein 11,3 Millionen Stimmen aufgebracht habe, daß sie nach einem Kampf von kaum 13 Jahren die größte deutsche Partei, die es jemals gegeben habe, darstelle. Hitler gab die Versicherung ab, daß es für ihn auch in Zukunft keinen Tag ohne Kampf geben werde. Wenn er heute angreife, werde er morgen und übermorgen wieder angreifen. Man müsse ihn töten, wenn man ihn von seinen Gegnern losbringen wolle. Der Kampf gehe so lange weiter, bis die Parteien des gegenwärtigen Systems am Boden lägen, gleichgültig, ob der Tag des Sieges morgen komme oder in zehn Jahren: aber dieser Tag komme. Es bestehe kein Zweifel, daß das Werk der NSDAP. gelingen werde. Die Parteien des Systems hätten im Nationalsozialismus einen Feind, den sie niemals abschütteln können. Man werde niemals erleben, daß seine Partei kapituliere. Eine Unterwerfung werde es nie geben, insbesondere nicht in einem Augenblick, in dem man so recht ermessen könne, was die NSDAP erreicht habe, trotz aller Widerstände, trotz der einseitigen Anwendung der Gesetze. Hitler forderte unter großem Beifall mit allem Nachdruck seine Parteifreunde auf, in dem bisherigen Geist, mit dem gleichen unerschütterlichen Willen und der gleichen Zähigkeit wie seither sofort eine neue Angriffsschlacht einzuleiten. Die weiteren Schläge der NSDAP. würden besser treffen als die ersten. Mit erhobener Stimme rief Hitler seinen Freunden zu: „Lassen Sie die Herzen höher schlagen, reißen Sie sich empor! Nun erst recht mit doppelter Energie und Kraft im Kampf um die Nation!" Der Tag des Sieges werde kommen, des Sieges, der der NSDAP. die Macht und die Möglichkeit schenke, das zu verwirklichen, was sie im Rahmen ihrer Bewegung schon zur Tat werden ließ: eine Volksgemeinschaft, erfüllt von Ehre und leidenschaftlichem Freiheitsdrang, entschlossen ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, eisern im Herzen, brutal in der Entschlossenheit, zäh in der Durchführung, beseelt von einem einzigen, ganz großen Willen.

„Haut ihm!"

„Führer" und „Alemanne" wegen „Beunruhigung" auf 14 Tage verboten!

Karlsruhe, 16. März. Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Der „Führer" und der „Alemanne" wurden heute wegen des Artikels „Mainlinie und Donaustaat" von den Polizeipräsidenten in Karlsruhe bezw. Freiburg beschlagnahmt. Mit Rücksicht auf die durch den Artikel in der Bevölkerung hervorgerufene Beunruhigung hat der Minister des Innern die beiden Blätter auf die Dauer von 14 Tagen verboten.

Anschlag auf Hitler?

Berlin, 15. März. Der D-Zug 7.45 Uhr früh ab München, mit dem Hitler, Dr. Goebbels und Dr. Frick nach Weimar fuhren, wurde nach Mitteilung der Reichsbahndirektion kurz vor Jena von bisher nicht ermittelten Tätern beschossen. Ein Wagen wurde getroffen. Personen wurden nicht verletzt. Der Wagen wurde zur Untersuchung zum Reichsbahnausbesserungswerk Naumburg a. d. Saale gebracht.

*

Halle, 15. März. Der Anschlag auf den Zug fand in der Nähe von Kahle statt. In einem Wagen III. Klasse wurde eine Scheibe eines Seitenganges zertrümmert. Ob es sich um einen Schuß, einen Katapult- oder einen Steinwurf handelt, konnte noch nicht festgestellt werden. Der Wagen ist — entgegen der ersten Meldung — bis Berlin durchgelaufen und sofort zur Untersuchung nach Naumburg zurückgegangen.

In der Umgebung Hitlers hat man von dem ganzen Vorfall nichts bemerkt.

*

Nachdem das rote und schwarze Gelichter einsehen mußte, daß es auf dem Wege des geistigen, ritterlichen und gesitteten Kampfes gegen unseren Führer und die Bewegung nicht aufkommen kann, läßt es seinen Verbrecherinstinkten freien Lauf. Bei der planmäßigen Aufputschung der Mordinstinkte der „Eisernen Front" und ihren Helfershelfern in der schwarz-rot-jüdischen Journaille, können solche Exzesse nicht ausbleiben. Wir warnen dieses Verbrechergesindel eindringlichst davor, Leib und Leben unseres Führers zu gefährden. Die Verantwortung für das was in einem solchen Falle geschehen könnte, fällt auf die offiziellen und inoffiziellen Drahtzieher zurück.

War es wirklich so harmlos?

Berlin, 16. März. Zu der Meldung über einen Anschlag auf den D-Zug bei Kahla, in dem sich Adolf Hitler befand, wird von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mitgeteilt, daß sich dieser Anschlag als sehr harmlos herausgestellt habe. Die Beschädigung der Fensterscheibe des D-Zugwagens ist auf einen Stein zurückzuführen (!?). Anscheinend (!) stamme diese Beschädigung von einen Fußballwettkampf (!), der in der Nähe stattgefunden habe.

Die Angst sitzt ihnen im Genick

Berlin, 16. März. Zur Vorbereitung des Wahlkampfes haben, wie die „Voss. Ztg." meldet, Verhandlungen über das Vorgehen der bürgerlichen Parteien im Wahlkampf stattgefunden. Beteiligt seien die Deutsche Staatspartei, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Landvolkpartei und Konservative. Man denkt in erster Linie an die Listenverbindungen in einzelnen Wahlkreisen. Angestrebt werde auch die Aufstellung einer gemeinsamen Landesliste, zu der nebeneinander in einer im Stärkeverhältnis der Parteien entsprechenden Reihenfolge die Führer der einzelnen Gruppen stehen würden.

*

Auch dieser Trick wird den Zerfall der Steigbügelhalter des Marxismus nicht mehr aufhalten. Die gemeinsame Angst vor dem Nationalsozialismus wird aus den verschiedenen Parteileichen keinen Lebenden hervorzaubern. Auch der Versuch das Wahlalter von 20 auf 25 Jahren heraufzusetzen und der Antrag der Wirtschaftspartei, den Wahlquotienten wieder auf 40 000 festzusetzen, dürfte einmütiges Unternehmen zur Rettung einiger politischer Interessenhaufen sein.

3 Millionen KPD-Stimmen für das System

Berlin, 16. März.

Laut „Chicago Tribune" vom Sonntag, den 13. März 1932, rechneten die Kommunisten mit 8 Millionen Stimmen für Thälmann. Der russische Gesandte in Berlin habe jedoch Freunden vertraulich mitgeteilt, daß von Moskau Weisung an die deutschen Kommunisten ergangen sei, Hitlers Wahl mit allen Mitteln hinterfreiben zu trachten, und zu diesem Zwecke Rücksicht auf die Kandidatur Hindenburg zu nehmen. Aus diesem Grunde seien gewisse russische Agitatoren während des ersten Wahlganges nicht angesetzt worden. — Nach dieser Enthüllung des im allgemeinen gut informierten Weltblattes gewinnt das Berliner Gerücht, daß etliche 3 Millionen Kommunisten für Hindenburg gestimmt haben, eine über den üblichen Wahl-Nachklatsch hinausreichende Bedeutung.

Die Länderwahlen drohen den „Siegern"

Wenn der galizische „Vorwärts" ahnungsvoll schreibt: „Hinter der Reichspräsidentenwahl kommt die Preußenwahl. Harte Kämpfe wird es noch kosten, bis sich der Gegner geschlagen gibt. Es ist keine Zeit zum Jubilieren!", so haben wir in diesen Aeußerungen die beste Charakteristik der uns von Mosse und Ullstein angedichteten „Schlappe". Jawohl, die Preußenwahl! Unser Führer, der schon in der Wahlnacht seinen neuen Plan fertig hatte und die neue Parole seiner Bewegung gab, wird uns auch in diesen neuen, kampfreichen Wochen führen. Die Aussichten aber für die Preußenwahl, und das stellen wir als eine interessante Tatsache hier fest, ergeben sich aus einer Betrachtung des Wahlergebnisses für ganz Preußen wie folgt:

Am 14. September 1930 wählten:

Deutschnationale	1 968 856
Hindenburgparteien	12 421 140
Nationalsozialisten	**3 967 379**
Kommunisten	3 141 547

Am 13. März 1932 wählten:

Düsterberg (Deutschn. u. Stahlh.)	1 825 158
Hindenburgparteien	11 022 089
Adolf Hitler	**6 844 854**
Thälmann	3 724 687

D. h. also, daß **ein Uebergewicht der konsequenten Opposition von 1 370 000 Stimmen über sämtliche Parteien des herrschenden Systems vorhanden** ist, selbst wenn die Preußenwahlen nicht radikaler ausfallen würden als am Sonntag die Reichspräsidentenwahl. Das wird aber der Fall sein, da sich für diesen Entscheidungstag für Preußen die Systemparteien nicht hinter Hindenburg verstecken können und manche der in der Hindenburgfront zusammengeschlossenen **Splitterparteien** es überhaupt zu keinem Mandat bringen wird. Es muß uns also bei den Preußenwahlen gelingen, das System aus den Angeln zu heben. Vorausgesetzt, daß wir uns durch **Miesmacherei** nicht selber lähmen, so wie einst im Weltkrieg die Sozialdemokratie den nationalen Widerstandswillen lähmen konnte. Aehnlich wie in Preußen liegen die Dinge auch in **Bayern**, wo wir unsere Stimmenzahl von 670 928 von 1930 auf 1 271 807 bei dem 1. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl steigern, sie also ebenfalls rund verdoppeln konnten.

Noch günstiger ist die Lage für die ebenfalls auf den 17. April angesetzte Landtagswahl **in Württemberg**. Dort konnten wir unsere Stimmenzahl bekanntlich trotz der Opposition des dortigen „Bauernbundes" von 131 683 auf 369 718 steigern, somit **fast verdreifachen**. Und wenn wir es **in Sachsen** auf weit über eine Million gegenüber einer halben Million bei den Reichstagswahlen brachten, so wissen wir, daß auch dieses Land bald für den endgültigen Sieg unserer Bewegung reif ist. Auch dort überragen wir damit bei weitem alle anderen Parteien und haben weit mehr als ein Drittel der gesamten aktiven Wählerschaft hinter uns. Da wir in Sachsen mit den Kommunisten über die Hälfte aller Stimmen

MARCHIVUM

verfügen, ist auch dort nach den nächsten Landtagswahlen eine Regierung ohne die Nationalsozialisten oder gar gegen sie nicht mehr möglich.

Aus allen diesen kurzen Betrachtungen ergibt sich, als ein Ergebnis des vergangenen Sonntags für uns auch eines: **Wir können voll froher Zuversicht nicht nur dem zweiten Wahlgang, sondern vor allen Dingen dem 17. April, dem Tag der deutschen Länderwahlen, entgegensehen.**

Stimmungsmache ohne Ende

Neustrelitz, 16. März.

Durch die gegnerische Presse geht die Nachricht, daß die NSDAP. bei den **Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz** starke Verluste erlitten habe. Die Zahl ihrer Wahlstimmen sei von 21 846 bei der Reichstagswahl 1930 auf 14 233 gesunken. Die erstgenannte Ziffer ist falsch. **Die NSDAP. ist in Mecklenburg-Strelitz in ständigem Aufstieg begriffen,** bei den Wahlen des Jahres 1928 erhielt sie 1955 Stimmen mit 1 Mandat, bei der **Reichstagswahl 1930** stieg die Zahl **auf 12 846** und bei den **jetzigen** Landtagswahlen auf **14 233** mit 9 Mandaten. Die Schlußfolgerungen, die von der Systempresse an die für 1930 falsch angegebenen Zahlen der NSADP. geknüpft wurden, sind somit hinfällig.

Ahasvers Freudengeheul

Aus Prag — wo der Präsident der „Deutschen Dichterakademie" seine Zelte vorsorglich aufschlug — übergibt der Salonliterat Thomas Mann den Ullsteinrotationen Seine Meinung über den Ausgang der Wahlen. „Ich fühle mich", so schreibt Mann, „wie von einem Alpdruck befreit, wenn ich an die 19 Millionen Stimmen für Hindenburg denke." Das offizielle Deutschland wird den also Befreiten wahrscheinlich bald wieder in seiner Mitte begrüßen können.

Der Schacher um den Judaslohn

Aus Feigheit und Haß heraus haben Millionen verhetzte Marxisten am 13. März vor einem Manne Kotau gemacht, der ein Menschenleben hindurch einer Idee die Treue zu halten vermeinte, der die sämtlichen Zweige der Internationale die Vernichtung schworen. Am Ende seines Lebens kann nun der greise Feldmarschall die Feststellung machen, daß die erbittertsten Feinde alles dessen, was er Jahrzehnte hindurch als seine Weltanschauung zu vertreten meinte, ihn auf ihren schmutzigen Schild haben, als Mittel zum Zweck. Wir beneiden Herrn von Hindenburg um den Porrhussieg des ersten Wahlganges nicht. Im Gegenteil: Ein tiefes und ehrliches Bedauern erfüllt uns mit seinem bitteren Schicksal, da er in mißleitetem Treuegefühl auf sich nahm. Wir schämen uns darüber, daß der Sieger von Tannenberg am 13. März vor den angstbibbernden und feigen Kreaturen des Novembers 1918 marschierte, die hinter seinem Rücken zur Wahlurne schlichen aus Angst und Haß! Diese Wähler, deren Sendboten nun vor Hindenburg hintreten, um die 33 Silberlinge einzukassieren. Den Preis für die Wahlbeteiligung haben die marxistischen Prominenten oft genug festgesetzt; Herr von Hindenburg aber hat bisher geschwiegen, er hat das Angebot akzeptiert und soll nun als „ehrbarer Kaufmann" das Handgeld zahlen. Vernichtung des Nationalsozialismus bis zum letzten Mann, in diesem Zeichen zog die SPD in den Wahlkampf für Hindenburg, der nach Angabe der SPD-Führer die Gewähr für die Erfüllung dieser Forderung bieten solle. Wohlan, 12 Millionen deutsche Volksgenossen stehen in einer ehernen Front bereit den „Vernichtungssturm" des Breies der Hindenburg-Front aufzufangen. Sie sollen nur kommen!

Dazu aber ist die faule und zusammengewürfelte „Majorität" viel zu feige. Die Staatsgewalt soll wiederum die Herzenswünsche der Republikaner erfüllen, das ist der Lohn für die „treue Hilfe" bei der Reichspräsidentenwahl. Kein anderer als der derzeitige Reichstagspräsident Löbe, der wortgewandte SPD-Politiker, will jetzt schon, noch vor der endgültigen Wahl, die Rechnung bei Hindenburg einkassieren. Ganz offen fordert er als „zweiten" Akt das Vorgehen des Verwaltungsapparates gegen die nationalsozialistische Bewegung. Wörtlich fordert der brave Demokrat unter gerissener Ausnutzung von Lüge und Phrase: „Es muß Schluß gemacht werden mit der demokratischen Tolerierung von Tendenzen, die offen erklären, daß sie mit Galgen und Guillotine gegen diese Demokratie vorgegangen wären, wenn sie nur einen Zipfel der Macht erwischt hätten. Noch eine kurze Spanne Zeit, die wir den Herren wohl noch lassen müssen, um ihre Schulden zu bezahlen (dabei dürfen wir sie nicht gerade stören!) — aber dann, Herr Minister des Innern, darf es ein zweites Heer in Deutschland, das sich immer wieder Waffen zu verschaffen weiß, nicht mehr geben! Auch keine Gleichstellung dieser Gegner des Staates mit Organisationen, die sich soeben für den Staat in mustergültiger Weise eingesetzt haben."

Die weitaus stärkste Partei Deutschlands soll weiterhin terrorisiert und mit den Machtmitteln des Staates, der Allgemeinheit, bekämpft werden. Die Sozialdemokratie hat längst eingesehen, daß ihr letztes Ständchen schlug. Nun senden die erbärmlichen Kreaturen hinter dem breiten Rükken Hindenburgs ihre Giftpfeile aus. Wir sind gewiß nicht vertrauensselig oder optimistisch — wenigstens nicht, soweit es das derzeitige System und seine Machthaber betrifft. Immerhin fordern und erwarten wir, daß die Vertreter des mit heiligen Eiden beschworenen demokratischen Systems endlich Farbe bekennen. Das nationalsozialistische Deutschland hat es satt, sich als Staatsbürger zweiter Klasse beleidigen zu lassen!

Wer ist Sieger?

Die Wahl des Reichspräsidenten hat eine Mehrheit für Hindenburg ergeben und die Systempresse und die eiserne Front jubelt über „ihren" Sieg. Wir können ihr diese Freude ruhig lassen, denn die Ernüchterung wird schon bald Platz greifen. Noch ein solcher „Porrhussieg" und das System ist am Ende seiner Kraft und Lebensfähigkeit! Nicht nur die Tatsache, daß die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei ihre Stimmenzahl seit 1930 nahezu verdoppelt hat und damit die weitaus stärkste Partei in Deutschland geworden ist, was bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Preußen und Bayern zum Ausdruck kommen wird, ist es Adolf Hitler, der heute das Handeln in Deutschland diktiert. Er diktiert das Handeln der Sozialdemokratie und ist damit ihr Herr geworden. Er hat sie gezwungen, den Panzerkreuzer zu schlucken, er hat sie gezwungen, alle Notverordnungen anzunehmen, er hat sie zu Füßen des Generalfeldmarschalls niedergezwungen. Hitler ist der Diktator der Sozialdemokratie und sie muß fressen, was er ihr vorzusetzen beliebt. Er ist ihr Herr, sie ist der Sklave, der alle Grundsätze des Marxismus preisgeben muß, weil die Angst vor Hitler ihn dazu zwingt. So ist Hitler als Herr und Sieger aus der Schlacht hervorgegangen. Aber noch mehr! Eine Partei, die ihre Grundsätze aufgibt, gibt sich und ihre Existenzberechtigung damit naturnotwendig selbst auf. Die Sozialdemokratie wird heute nicht mehr durch Treue ihrer Prinzipien, sondern nur mehr durch die Angst vor Hitler zusammengehalten. Jeder denkende und ehrlich fühlende Arbeiter muß sich von einer Partei abgestoßen fühlen, die charakterlos und innerlich unwahrhaftig geworden ist. So trägt die Sozialdemokratie den Todeskeim in sich und wird über kurz oder lang ihren letzten Mann verloren haben. Hitler diktiert auch in Deutschland den Gang der Dinge. Nicht nur, daß man mehr und mehr seine Ideen stiehlt und als eigene — allerdings verkümmert — zur Ausführung zu bringen sucht, die man früher verspottet hat, ist er derjenige, mit dem man sich andauernd ernstlich beschäftigen muß und mit dessen Macht man rechnen muß. Ja selbst im Ausland beginnt Hitler das Handeln zu diktieren. Die ausländische Presse schreibt im Hinblick auf die Stimmenzahl der nationalsozialistischen Partei, daß es höchste Zeit sei, Deutschland entgegenzukommen. Wer aber das Gesetz des Handelns diktiert, der ist der Sieger, der ist der wirkliche Herr, auch wenn er nicht an der Spitze des Staates steht. Und das ist Adolf Hitler! Das fühlen auch seine einsichtigen Gegner und darum ist ihre erste Siegesfreude längst verflogen. Der Kampf um den Endsieg geht weiter und wohin er sich neigt, das ist heute nicht mehr zweifelhaft. Ein Konglomerat ohne jedes Programm, das von einem Tag in den andern wurstelt und alles verwurstelt, kann nicht Sieger werden. Sieger wird Hitler, der Schöpfer eines neuen Deutschland. Darum auf zu neuem Kampf, auf zum endgültigen Sieg!

Jeder Nationalsozialist wirbt einen neuen Wähler aus der Brüning-Front

Rings um die kommenden Wahlen

Auflösungsbeschluß des Bayr. Landtags einstimmig angenommen

München, 16. März. In der Vollsitzung des Landtags wurde der Ausschußbeschluß, wonach der Landtag mit Wirkung vom 24. April aufgelöst wird und für diesen Tag die Neuwahlen angesetzt werden, in namentlicher Abstimmung mit 93 Stimmen einstimmig angenommen. Die Bestimmung der Verfassung, wonach beim Beschluß auf Auflösung des Landtags die Anwesenheit von zwei Dritteln und die Zustimmung von mehr als der Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl nötig ist, war damit erfüllt.

Bismarck sagte einmal von den Gazetten: „Sie lügen wie telegraphiert". Heute muß es heißen: **„Sie lügen wie gefunkt."**

*

München, 16. März. Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages hat heute vormittag beschlossen, daß sich der Landtag mit Wirkung vom 24. April auflöst und daß die Landtagsneuwahlen auf diesen Tag festzusetzen sind. Ein nationalsozialistischer Antrag, die bayerischen Landtagswahlen mit dem zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl zusammenzulegen, wurde abgelehnt.

Württemberg wählt auch am 24. April

Stuttgart, 16. März. Der Aeltestenrat des württembergischen Landtages trat am Dienstag zur Beratung des Wahltermins für die Landtagswahlen in Württemberg zusammen. Staatspräsident Dr. Bolz schlug vor, die Wahlen am 24. April stattfinden zu lassen. Die Fraktionen werden am Mittwoch hierzu Stellung nehmen. Voraussichtlich wird sich an dem Termin nichts ändern.

Aenderung des preuß. Wahlgesetzes

Berlin, 16. März. Der Preußische Landtag verabschiedete am Mittwoch einen Gesetzentwurf der Regierungsparteien, wonach in Abänderung des preußischen Wahlgesetzes in Zukunft beim Ausscheiden eines Abgeordneten nicht automatisch der Listennachfolger in den Landtag eintreten soll. Die Entscheidung über den Nachfolger wird in die Hand der Parteiorganisation gelegt.

Landvolkpartei und Preußenwahl

Berlin, 16. März. Gegenüber der Meldung, daß die Landvolkpartei über die Bildung eines bürgerlichen Wahlblocks für die Preußenwahl verhandelt habe, stellt die Landvolkpartei fest, daß sie an solchen Verhandlungen in keiner Weise beteiligt war.

Das Ende des Stahlhelms

In einer resignierten Betrachtung „Nach der Wahl" offenbart der Stahlhelmpressdienst die voraussichtlichen weiteren Ziele des Kampfblockes „schwarz-weiß-rot", er seine Arbeit mit allem Nachdrucke fortsetzen wolle. Der zweite Wahlgang interessiere allerdings nicht mehr; der Stahlhelm bitte offenbar nichts dagegen, wenn die Präsidentschaftsfrage einfach durch eine Parlamentsfront Wels-Hugenburg zu Gunsten Hindenburgs gelöst werde. Wichtiger seien die kommenden Preußenwahlen bei denen der Stahlhelm im „Kampfblock" seine Kraft zeigen werde. Danach hat der Bund der Frontsoldaten in aller Oeffentlichkeit auf seine politische Selbständigkeit verzichtet. Der Stahlhelm ist nichts Anderes als eine Truppe Hugenbergs; einige Bundesführer werden dafür mit einem sicheren Mandate — einige davon gibt es auch in der DNVP. noch — bedacht werden.

Die Stahlhelmkameraden, die politisch seit langem im Lager des Nationalsozialismus stehen, dürfen nicht mehr länger im Unklaren gelassen werden, daß man sie zu Schlepperdiensten einer absterbenden bürgerlichen Parlamentspartei mißbraucht. Die Stahlhelmführung will sich — um mit deren eigenen Worten zu reden — einer „nationalsozialistischen Parteidiktatur" nicht unterwerfen. Sie kriechen bei Hugenberg unter, da ist für einige Ehrgeize und Alleswisser noch etwas zu holen! Dann ist jedoch das Ende des Stahlhelm besiegelt; die Organisation wird vielleicht unter oder neben der DNVP. weiter vegetieren. Für den deutschen Arbeiter und Soldaten aber ist kein Platz mehr in diesen Reihen!

Wie sie lügen!

Berlin, 15. März.

Die „Vossische Zeitung" und andere Linksblätter in Berlin und im Reich verbreiten das Ammenmärchen, demzufolge unser Pg. Dr. Goebbels in der Wahlnacht in der Reichskanzlei angerufen und den Reichskanzler vor einem angeblich geplanten Attentat gewarnt habe. Das Attentat sollte nach diesen „Meldungen" von Stennes- oder Otto-Straßer-Leuten ausgehen.

Dr. Goebbels stellt dazu fest, daß er ein solches phantastisches Gespräch **niemals** geführt hat. Anscheinend ist der Staatssekretär Pünder, der das Gespräch entgegengenommen haben will, einem albernen Scherz oder einer **Mystifikation** zum Opfer gefallen. Bezeichnend ist es auf jeden Fall, daß dieser Humbug sofort den Weg in die Presse fand. Nichts ist eben dumm genug, daß es nicht zur Agitation gegen die NSDAP. benutzt würde. Gegenüber weiteren Lügen erklärt der Berliner Gauleiter Dr. Goebbels:

„Gegnerische Zeitungen verbreiten wieder die Lüge, daß meine Frau die Tochter eines jüdischen Kaufmanns Friedländer sei. Diese Lüge wird nicht dadurch wahr, daß man sie immer wieder wiederholt. Ich erkläre noch einmal, daß meine Frau die Tochter des Ingenieurs Oskar Bilschel in Duisburg und selbstverständlich rein arischer Abstammung ist. Ich habe meinen Rechtsbeistand beauftragt, gegen die Verbreiter dieser Lüge, die in ihrem Verleumdungsfeldzug nicht einmal vor der Ehre einer wehrlosen Frau halt machen, mit allen gegebenen Mitteln klagbar vorzugehen. Ich selbst werde es von jetzt ab nicht mehr zugeben, daß die Journaille, die meinen guten Ruf jahrelang mit Füßen getreten hat, nun auch meine Frau mit solchen Methoden verleumdet und der Sensationsgier des Pöbels preisgibt."

Und abermals Zeitungsverbote

Nr. 165, 166 und 167.

Der Oberpräsident der Provinz Westfalen hat für die Dauer von 3 Tagen verboten:

den **„Westfälischen Beobachter"** und seine Kopfblätter **„Bielefelder Beobachter"** und **„Herforder Beobachter"**.

Nichtanerkennung der Mandschurei durch Sowjet-Rußland

Moskau (über Kowno), 16. März. Die mandschurische Regierung hat dem Generalkonsul der Sowjetunion in Mukden ein Schreiben übermittelt, in dem sie ihre Anerkennung de jure und de facto ersucht.

Wie in Moskau verlautet, wird die Sowjetregierung darauf keine Antwort erteilen.

*

Inukai übernimmt auch das Innenministerium.

Tokio, 16. März. Der japanische Kaiser hat das Rücktrittsgesuch des Innenministers Nakahaschi genehmigt und dem Ministerpräsidenten Inukai das Innenministerium mit übertragen.

*

Japanischer Küstendampfer mit über 100 Menschen gesunken.

Tokio, 16. März. Der japanische Küstendampfer „Choan Maru" lief auf ein Riff auf und ging unter. Man befürchtet, daß die Fahrgäste und die Besatzung, insgesamt etwa 110 Menschen ums Leben gekommen sind.

*

Frau Gandhi erneut zu Gefängnisstrafe verurteilt.

Bombay, 16. März. Frau Gandhi wurde in Bardoli erneut verhaftet und zu sechs Monaten verschärfter Gefängnisstrafe verurteilt.

Amerika bleibt trocken

Washington, 13. März. Das Repräsentantenhaus lehnte am Montag mit 227 gegen 187 Stimmen einen Antrag ab, der forderte, die Abstimmung über die Prohibitionsfrage den einzelnen Staaten zu überlassen.

Zum Tode verurteilt

Elbing, 15. März. Am Montag fand vor dem Elbinger Schwurgericht sehr rasch eine Mordtat ihre Sühne, die am 22. Jan. auf dem Gute Stein im Kreise Rosenberg begangen wurde. Der Arbeiter Paul Schimanski hatte die 16 Jahre alte Schülerin Ilse Legal, die Tochter des Gutsbesitzers, in einen Stall gelockt und dort zu vergewaltigen versucht. Als das junge Mädchen schrie, schlug er sie mit einem dicken Tannenknüppel tot und brachte die Leiche in einen Wagenschuppen. Zunächst leugnete Sch. die Tat, hat sie dann aber unter der Last der Beweise noch in der Voruntersuchung eingestanden.

Der Prozeß hat unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgefunden. Während der medizinische Sachverständige die Möglichkeit einer Affekthandlung zugibt, beantragte der Oberstaatsanwalt Todesstrafe wegen Mordes. In später Nachtstunde wurde das Urteil gefällt. Das Gericht verurteilte Schimanski zum Tode.

Tragisches Unglück

Soest, 14. März. Montag Nachmittag ereignete sich an der Möhnetalsperre ein tragischer Unfall. Eine Schulklasse aus Günne hatte mit Erlaubnis des Lehrers das Eis am Rande des Sees betreten. Dabei hatten sich einige Kinder zu weit vorgewagt. Dem Lehrer gelang es, zwei der eingebrochenen Kinder zu retten. Bei dem Versuch, das dritte Kind herauszuholen, brach er selbst ein und ertrank. Die Leiche des Lehrers und des Kindes wurden einige Zeit später geborgen.

Ein Arbeitsloser geht mit seiner Familie in den Tod

Waldheim (Sachsen), 15. März. Ein erschütterndes Familiendrama, das vier Todesopfer forderte, spielte sich am Montag in Waldheim ab. Als am Nachmittag die Frau des Tankarbeiters Ulbricht nach Hause zurückkehrte, drang ihr aus der verschlossenen Küche starker Gasgeruch entgegen. Als die Polizei die Tür öffnete, fand man Ulbricht mit seinen drei Töchtern im Alter von 2, 7 und 9 Jahren gasvergiftet tot auf. Jahrelange Arbeitslosigkeit dürften den Beweggrund der Tat bilden.

Spielende Kinder verursachen schweres Grubenunglück

Eger, 16. März. Auf den Schächten „Maria Hill" und „Maximilian" bei Zwodau in Böhmen ereignete sich ein schweres Grubenunglück. Spielende Kinder hatten bei dem Eingang eines Luftschachtes der Gruben trockenes Gras angezündet. Das Feuer drang an der Holzverschalung schnell in die Schächte ein, wodurch dort eine Explosion hervorgerufen wurde. Die in den Schächten arbeitende über 30 Mann starke Belegschaft erlitt schwere Rauchvergiftungen. Es gelang aber den schnell herbeigeeilten Hilfsmannschaften, den größten Teil der Bergleute rechtzeitig zu bergen. Vier Bergleute waren jedoch bereits tot.

Massenverhaftungen von Kommunisten

Warschau, 16. März. Im Zusammenhang mit dem für heute geplanten Proteststreik gegen die Reform des sozialen Versicherungswesens wurden am Dienstag in Warschau 200 Kommunisten festgenommen. In allen polnischen Städten, besonders aber in Warschau, Lodz und den Orten des Kohlenreviers, ist die Polizei in Alarmzustand gesetzt worden.

Schiedsspruch rechtsverbindlich

Kattowitz, 16. März. Der Arbeitsminister hat den vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch, der eine zehnprozentige Kürzung der Gehälter für die Angestellten in der ostoberschlesischen Schwerindustrie vorsieht, für verbindlich erklärt.

Massenkündigungen bei der Kattowitzer A-G

Kattowitz, 15. März. Die Direktion der Florentinen-Grube (Kattowitzer AG) in Hohenlinde hat der gesamten Arbeiterschaft von 1380 Mann sowie den 126 Angestellten die Kündigung zum 29. März ausgesprochen. Die Kündigungen stehen im Zusammenhang mit der beabsichtigten Stillegung der Grube.

Ueberschwemmungen im Kaukasus

Moskau (über Kowno), 15. März. Nach einer Meldung aus Tiflis sind infolge starker Schneeschmelze die Flüsse über die Ufer getreten und haben weite Gebiete überschwemmt. 53 Dörfer wurden unter Wasser gesetzt. Nach den bisherigen Feststellungen sind 22 Personen ums Leben gekommen.

Zwei jugendliche Erpresser

Karlsruhe, 15. März. Wegen versuchter Erpressung verurteilte das Schöffengericht den 20jährigen Maler Artur Pfalb und den 19jährigen Zimmermann Rudolf Ulrich, beide aus Welschneureut, zu je zwei Monaten Gefängnis. Die Angeklagten haben am 26. Januar an den Mazzenfabrikanten Strauß in Deutschneureut einen Drohbrief geschrieben, in dem sie ihm und seinem Anwesen Rache androhten für den Fall, daß er nicht 20 RM. an einem näher bezeichneten Ort niederlege. Die beiden Angeklagten legten schon bei ihrer Festnahme ein Geständnis ab und erklärten in der heutigen Verhandlung, daß sie sich nur einen Spaß erlaubt hätten.

Goethe-Gedenkmünzen

Berlin, 15. März. Der Reichsrat wird sich in seiner nächsten Vollsitzung am Donnerstag u. a. mit einer Vorlage über die Ausprägung der Reichssilbermünzen zur Erinnerung an den 100. Todestag Goethes beschäftigen. Es handelt sich dabei um die Ausprägung von Dreimarkstücken im Gesamtwert von 1 200 000 RM. und von Fünfmarkstücken für insgesamt 100 000 Reichsmark.

Aus Nah und Fern.

Mit dem Motorrad in den Tod gefahren.

Wiesloch, 15. März. Der 32jährige verheiratete Pfleger Gustav Dinger fuhr auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte in der Anstalt in einer Kurve auf ein ihm entgegenkommendes Auto auf. Obwohl der Kraftwagenführer sofort bremste, konnte er einen Zusammenstoß nicht mehr verhindern. Dinger erlitt so schwere Verletzungen, daß er kurze Zeit nach dem Unfall starb.

Kriegsopfertagung.

Höpfingen, 4. März. Die Gauversammlung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen im Badischen Kriegerbund am Sonntag nachmittag im Saal zum „Ochsen" war aus dem ganzen Gau sehr gut besucht. Herr Gauleiter Kieser, Walldürn, eröffnete die Versammlung und begrüßte die Erschienenen namens des Gaues, der Vertrauensmann der Kb. u. Kh. im Militär- und Kriegerverein Höpfingen im Namen der einheimischen Kriegsopfer. Er entbot Willkommensgrüße dem Leiter der Versorgungsgeschäftsstelle Heidelberg, Herrn Inspektor Geller, dem Verbandsvorsitzenden und 2. Vizepräsidenten Hänsler, der Bundesfürsorgerin Frau v. Berg, sowie den Herren vom Gauvorstand. Gleichzeitig sprach er vorgenannten den verdienten Dank aus für ihre erfolgreiche Tätigkeit für die hiesigen Kriegsopfer. Nach einer herzlichen Ansprache durch Verbandsvorsitzenden Hänsler und dem Gaujahresbericht durch Herrn Kieser hielt die Bundesfürsorgerin ein Referat über soziale Frauenarbeit im Bad. Kriegerbund, über die Haushaltungsschule Marxzell, über die Auswirkung der Notverordnungen auf die ihrer besonderen Obhut anvertrauten Kriegerhinterbliebenen, der Kriegerwaisen und alten hilflosen Kriegereltern. Herr Geller sprach über Härten und unbegründete Sparmaßnahmen im Versorgungswesen. Er schöpfte aus dem Schatze seiner praktischen Erfahrungen, die er als Vertreter beim Versorgungsgericht Mannheim gesammelt. Mit warmen Worten unterstützte er die von der Heidelberger Stadtverwaltung eingeleitete Winternothilfe, der er in Vertretung des Bad. Kriegerbundes angehört und bat, unterstützt von dem Herrn Verbandsvorsitzenden Präsident Hänsler und Gauvorsitzenden Herrn Kieser, um Sammlung und Bereitstellung von Lebensmittel und schloß sein Referat mit den Worten: „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut." Seine und der Vorrednerin Ausführungen wurden allseits mit lebhaftem Interesse und selbst von den anwesenden Kriegsbeschädigten des Reichsbundes mit Beifall aufgenommen. Verbandsvorsitzender Hänsler dankte für die Ausführungen der Redner und deren Tätigkeit, sprach sich für die Erhaltung des Versorgungsamtes in Heidelberg sowie des HVA. in Karlsruhe aus und begründete die Stellungnahme des Kriegerbundes in beiden Fällen.

Gauleiter Kieser, der sein Amt zur Verfügung gestellt hatte, wurde in Anerkennung seiner verdienstvollen Arbeit zum Wohle der Kriegsopfer, die von mehreren Rednern hervorgehoben wurde, einstimmig wiedergewählt. Vor und nach der Versammlung war Geschäftsstellenleiter Geller umringt von Kameraden, um sie in ihren Versorgungs-, Unfall- und Invalidenrentenangelegenheiten fachmännisch zu beraten. Der Versammlungsleiter Kieser schloß die so anregend und harmonisch verlaufene Tagung mit Worten des Dankes an alle Redner und mit dem Wunsch auf Wiedersehn im Juli ds. Js. in Hardheim.

Aufhebung der Wohnungsmangelvorschriften.

Heidelberg, 16. März. Das Ministerium des Innern hat auf Grund des Paragraphen 8 der Verordnung über Lockerung der Zwangswirtschaft für Wohnungen und Geschäftsräume in der Fassung der Verordnung vom 22. Dezember 1931 die Wohnungsmangelvorschriften für die Gemeinde Eberbach, Schönau, Altenbach, Altneudorf, Dossenheim, Leimen, Mauer, Meckesheim, Nußloch, Peterstal, Pleutersbach, Sandhausen, St. Ilgen, Wiesenbach und Wilhelmsfeld mit Wirkung vom 1. April 1932 ab aufgehoben.

Gründung eines Obstbauvereins.

Neulußheim, 14. März. Das rege Interesse für den Obst- und Gartenbau hat nun die Absicht wach werden lassen, auch in Neulußheim einen Obst- und Gartenbauverein ins Leben zu rufen. Die Gründungsversammlung wird bereits in den nächsten Tagen stattfinden.

Die Wettervorhersage

Donnerstag: trotz aufkommender Bewölkung Fortdauer der heiteren, trockenen Witterung.

Freitag: weiteres Anhalten des jetzigen Wetters. Nachts bedeutender Temperaturunterschied gegenüber der Tagestemperatur.

Warum der „Führer" verboten wurde

„Die in Karlsruhe täglich erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Der Führer" bringt in ihrer Folge vom 16. März 1932 einen Leitartikel mit der Schlagzeilen-Ueberschrift „Was geht im Dunkeln vor? Mainlinie und Donaustaat. Die geheimen Absichten und Ziele bestimmter Zentrumskreise. Soll Deutschland zerrissen werden durch schwarzen Hoch- und Landesverrat? Nehmen die alten Pläne des Zentrums-Separatismus wieder Gestalt an?"

Es wird in diesem Artikel von angeblichen Plänen maßgebender Zentrumsführer gesprochen, die in einer vertraulichen Beratung in Singen a. H. den Plan gefaßt hätten, im Falle der Wahl Hitlers das katholische Süddeutschland von Preußen zu trennen und an Oesterreich anzuschließen. Die ebenfalls katholischen Rheinlande müßten unter das Protektorat Frankreichs gestellt werden, auf dessen Unterstützung man rechnen könne.

Diese Behauptungen, die vollständig aus der Luft gegriffen sind, haben in weiten Kreisen der badischen Bevölkerung ungeheures Aufsehen und eine außerordentliche Empörung hervorgerufen. Das Polizeipräsidium Karlsruhe und die Polizeidirektion Freiburg sahen sich veranlaßt, im Interesse der Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung die bezeichneten Nummern des „Führer" und „Alemannen" zu beschlagnahmen. Die Polizeidirektion Freiburg insbesondere hat berichtet, daß die Zentrumskreise in Freiburg, um der ungeheuren Erregung ihrer Mitglieder Rechnung zu tragen, einen Demonstrationszug in Freiburg veranstalten wollten. Die sonst so ruhige Bevölkerung ließe sich angesichts dieses ungeheuerlichen Vorwurfes nicht mehr halten und dränge auf die Straßen. Unmittelbare Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit seien zu besorgen. In gleicher Weise hat das Polizeipräsidium in Karlsruhe sich genötigt gesehen, Maßnahmen zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit angesichts der Erregung der Bevölkerung zu treffen.

Dieser Sachverhalt gibt Veranlassung, von der Möglichkeit des Verbotes der Zeitung, die in Paragraph 2 Absatz 2 Ziffer 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitung vom 10. August 1931 vorgesehen ist, im vorliegenden Falle Gebrauch zu machen. Durch den angeführten Artikel verleumdet die Zeitung öffentlich in böswilliger Weise die Führung einer großen Partei und beschuldigt sie des schlimmsten Verbrechens, dessen sich eine Partei schuldig machen kann, nämlich des Hoch- und Landesverrats. Es ist begreiflich, daß die dieser Partei angehörigen Kreise sich diesen schmählichen Vorwurf nicht gefallen lassen und danach trachten, ihrer Empörung sichtbaren Ausdruck zu geben. Bei den gesteigerten Gegensätzen unmittelbar nach den Wahlkämpfen zur Reichspräsidentenwahl und im Hinblick auf den bevorstehenden zweiten Wahlgang ist eine Störung der öffentlichen Ordnung mit erheblicher und naheliegender Wahrscheinlichkeit zu erwarten. Durch ihren Inhalt hat die Tageszeitung deshalb die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet. Da der „Führer" schon wiederholt verboten oder verwarnt werden mußte, erschien ein Verbot auf die Dauer von zwei Wochen angemessen.

Von dem Verbot ist dem Verleger der Zeitung mit anliegender Doppelschrift Eröffnung zu machen.

gez. Maier.

*

Wir überlassen es unseren Lesern, die notverordnungs-geschult sind, sich selbst ein Urteil über die vorliegenden Gründe des Innenministers Emil Maier zu bilden!

MARCHIVUM

Waren auch Päpste Kirchenfeinde?

Ein kleiner zentrümlicher Stadtverordneter hat das Ei des Kolumbus entdeckt! Was Dr. Wirth, Joos, Pater Muckermann und wie die „Größen" alle heißen mögen, nicht vermocht haben, das hat ein ganz kleines Kölner Zentrumsmännlein fertig gebracht:

Die Religionsfeindlichkeit des Nationalsozialismus zu beweisen!

Der große Wurf ist gelungen! Nun braucht man nicht mehr zu fadenscheinigen Mitteln zu greifen, jetzt ist ein Beweis vorhanden! O, ihr Armen im Geiste des Zentrums! Der erbrachte Beweis ist wieder einmal eine — Niete! Vor einiger Zeit schrieb das den Nationalsozialisten nahestehende Blatt, die „Niedersächsische Tageszeitung" über die Austreibung der Jesuiten aus Spanien folgendes:

„Wir beglückwünschen die Spanier aufrichtig, aber nicht ohne Neid zu der bevorstehenden Ausweisung der Jesuiten. Eine nationalsozialistische Regierung wird hoffentlich recht bald auch Deutschland von dieser Pest befreien."

Der kleine Kölner Stadtverordnete Rings hat diese Notiz nun aufgeschnappt und folgende „logische" Betrachtung darüber angestellt:

Die „Niedersächsische Tageszeitung" ist ein nationalsozialistisches Blatt. — Der Jesuitismus ist gleichzusetzen mit Katholizismus. — Ein Angriff auf das Jesuitentum ist gleich einem Angriff auf die Religion. — Damit ist die Religionsfeindlichkeit des Nationalsozialismus bewiesen!

Bauff! — Jetzt haben wir sie, lobhudelte die ganze schwarze Presse. (Selbstverständlich fehlte das „Neue Mannheimer Volksblatt" nicht!) Jetzt endlich können wir den Wahrheitsbeweis erbringen, was uns vorher nicht möglich war! Oder sollte vielleicht . . .?

Wir greifen in der Kirchengeschichte einige Jahrhunderte zurück und was erleben wir da? Nun, nichts anderes,

als daß einige Päpste den Jesuitenorden verboten hatten!

Wenn man also den Jesuitismus mit der katholischen Kirche identifiziert, so haben diese Päne nichts anderes getan,

als ihre eigene Kirche verboten!

Das ist aber doch nicht gut möglich, oder sollte das kleine Zentrumsmännlein recht haben? Heute ist bald alles möglich, wenn es gegen den verfl . . . Nationalsozialismus geht! Betrachtet man die ganze Angelegenheit weiter vom Standpunkt des Zentrums aus, so könnte man weiterhin daraus schließen,

daß diese Päpste, wenn sie nicht gerade die ganze Kirche verboten haben sollten, so doch religionsfeindlich waren, denn sie bekämpften ja die Jesuiten und verboten sogar den ganzen Orden!

Da aber diese logische Folgerung gemäß der katholischen Glaubenslehre nicht stimmen kann, kann nur eines möglich sein:

Jesuitismus ist nicht identisch mit der katholischen Kirche!

Da diese Folgerung die richtige sein dürfte und ist, so ist die ganze bewiesene Religionsfeindlichkeit des Nationalsozialismus — Essig!

Dem Herrn Zentrumsabgeordneten aber empfehlen wir, nochmals in die Schule zu gehen (oder sich das Schulgeld wieder herauszahlen zu lassen!) und Kirchengeschichte zu lernen und nicht wie ein Sonntagsjäger solche Kapitalböcke zu schießen. Das Ganze ist aber wieder ein neuer Beitrag zu dem Kapitel:

Wie mißbrauchen wir am besten Religion für unsere Machtgelüste!

M. H.

Rotmordüberfälle in Schwetzingen am laufenden Band

Am vergangenen Mittwoch, den 5. ds. Mts., abends, nach Schluß unserer Versammlung wurden verschiedene Pgg., die in Begleitung ihrer Frauen auf dem Heimwege waren, von Rotmordbanden meuchlings überfallen. Bei der sich entwickelnden Schlägerei wurde der SA.-Mann Vogel von einem dieser Mordjünger von hinten in die Hüfte gestochen und blutig geschlagen. Einem anderen SA.-Mann setzte einer dieser traurigen Helden die Pistole an den Kopf und es ist nur der Geistesgegenwart unseres SA.-Mannes zu verdanken, daß kein größeres Unglück geschah.

Beim Verteilen von Wahlflugblättern in Ketsch wurden die einzelnen SA.-Leute von Kommunistenhorden überfallen und z. T. schwer zugerichtet. Einem SA.-Mann wurde das Trommelfell eingeschlagen. Nach Schluß des Gottesdienstes fand es der Ketscher Geistliche, Kaplan Schnor, angebracht, vor der Kirche beim Anblick unserer Leute laut zu schreien „Wählt lieber Thälmann als Hitler!" Ein Vorfall, der sich würdig an die Aussprüche verschiedener katholischer Geistlicher in letzter Zeit anreiht. Wir wünschen diesem würdigen Kaplan einmal zehn Tage Kommunistenherrschaft unter Thälmann. Da die ganze Ortschaft, in der wir bis heute noch keine Versammlung haben stattfinden lassen können, infolge unserer Flugblattverteilung und Wahlpropaganda, die besonders ausgiebig von unserer rührigen und jungen Brühler SA. betrieben wurde, in Aufruhr geriet — die Moskauritter waren bei der letzten Wahl die stärkste Partei — konnten wir drei Brühler SA.-Kameraden erst am späten Nachmittag aus Ketsch wieder herausholen. Die Ketscher Kommune hatte die ganze Ortschaft in Belagerungszustand versetzt.

Am Mittwoch abend hatten die hiesigen Bolschewisten einen planmäßigen Ueberfall auf unsere ahnungslos heimkehrenden Versammlungsteilnehmer vorbereitet. Auf einen Pfiff eines kommunistischen Radfahrers an der Ecke der Karl Theodor—Mannheimer Straße eilten etwa hunderteundzwanzig dieser Burschen bewaffnet mit Totschlägern und Mineralwasserflaschen aus allen umliegenden Straßen, in denen man sich anscheinend in Bereitschaft gehalten hatte, herbei, und schlugen auf einzelne unserer Pgg. ein. Hierbei wurde Pg. Gerhard Fiehler, Ostersheim, sowie ein Mannheimer SA.-Kamerad ziemlich schwer verletzt. Die gesamte Karl Theodorstraße war mit Glassplittern von Mineralwasserflaschen, die man als Wurfgeschosse und Schlaginstrumente benutzt hatte, übersäht. Wir können von Glück sagen, daß keine Toten und weitere Schwerverletzten zu beklagen sind. Von der Polizei hat man bei diesen Vorfällen herzlich wenig gesehen.

Kürzlich hatte das rote Mordgesindel in der Siedlung Andersdenkende überfallen und deren Wohnungseinrichtung demoliert und die gesamten Fensterscheiben eingeschlagen.

Unser Fraktionsführer Pg. Stober ist bei dem Bürgermeister vorstellig geworden um im Namen der Rathausfraktion die Erklärung abzugeben, daß wir nicht mehr gewillt sind, diesen roten Terror weiter zu ertragen, wenn nicht die Polizei sofort Mittel und Wege findet, diese gemeinen und feigen Ueberfälle abzustellen. Es wurde uns zugesagt, daß die Polizei angewiesen würde, gegen diesen roten Terror in aller Schärfe vorzugehen.

Eftu.

Sport

Hockey

Tbd. Germania Mannheim—HC. Ludwigshafen 1:4 (0:0).

Als die ersten Mannschaften zum Wettspiel zusammentraten, war der gefrorene Boden durch die warme Sonne etwas weich, aber immerhin noch gut spielbar. Zuerst war der Kampf offen, allmählich machte sich eine leichte Ueberlegenheit von Germania bemerkbar, die bis zur Halbzeit anhielt. Obwohl es dem Mannheimer Halblinken Windirsch gelang, den Ball über die Torlinie zu bringen, gab der Schiedsrichter kein Tor. Mit 0:0 ging es in die Pause. Nach Beginn der zweiten Halbzeit war wieder Germania eine Zeit lang überlegen. Den Gästen gelang aber nach guter Kombination durch Schienzball des Mittelstürmers der erste Erfolg. Kurz darauf sendete Windirsch auf Flanke von links ein. 1:1. In der folgenden Zeit waren die Gäste tonangebend. Sie drängten stark und schossen in regelmäßigen Abständen noch drei weitere Tore.

Bei Ludwigshafen machte der Sturm einen recht guten Eindruck. Er war sehr flink, entschlossen und bildete in seinen Aktionen immer eine Einheit. Ein paar Mal wurde die Mannheimer Verteidigung durch seine genaue Kombination glatt überrumpelt. Der Mittelstürmer war der erfolgreichste, er schoß alle vier Tore. Die Verteidigung war immer auf Ihrem Posten und lieferte ein gutes Zerstörungsspiel.

Bei Germania sitzt immer noch das Hauptübel im Stürmerspiel. Einheitliche Aktionen waren recht selten zu sehen. Die vielen Alleingänge des Halbrechten Hochadel und das eigennützige Spiel des Halblinken Windirsch rissen den Sturm auseinander. Das Einzelwirken dieser Spieler, die übrigens technisch sehr gut sind, wurde stets durch die gegnerische Verteidigung unterbrochen. Wohl setzte der Mittelläufer Bausch, der eine gute Partie lieferte, die Außenstürmer ein, aber so wie der Ball nach innen kam fehlte es am Zusammenspiel. In der übrigen Läuferreihe war Feßenbecker besser als Huber. In der Verteidigung zeigte Christophel durch seine befreienden Abschläge das nützlichere Spiel als Schoß. Ufer im Tor wehrte gut. Die Tore waren nahezu alle unhaltbar. Beim Spiel der zweiten Mannschaften siegten die Ludwigshafener mit 3:1 Toren. — Die HCL.-Jugend errang einen hohen 10:0 Sieg über Germanias dritte Mannschaft.

Fußball

Kreß nimmt Stellung in Lörrach an spielt aber für Rot/Weiß.

Der internationale Torwart Willibald Kreß hat jetzt eine Stellung in Lörrach angenommen. Schon die ganze Zeit waren ja Gerüchte in Umlauf, die besagten, Kreß wolle nach der Schweiz daß Kreß nach Lörrach beruflich verpflichtet übersiedeln. Ueberraschend kommt die Nachricht, wurde. Sein großes Können wird er aber nach wie vor seinem alten Verein — Rot/Weiß Frankfurt — zur Verfügung stellen.

Rundfunk-Programm

für Freitag, den 18. März.

Königswusterhausen: 16 Pädagogik. 16.30 Konzert. 17.30 Ostsee und Randländer. 18 Ich, du, wir. 18.30 Hausmusik. 19 Für Aerzte. 19.30 Für d. Arbeiter. 20 Worüber man in Amerika spricht. 20.15 Berlin: Goethe. 21.20 München: Bunte Stunde. 22.45 Tanz.

Mühlacker: 16.15 Musikalischer Vortrag. 17.50 Frankfurt: Konzert. 18.40 Wirtschaftl. Heimatkunde. 19.05 Rob Koch. 19.35 Chorgesang. 20 Verbrecher und Gesellschaft. 20.30 Der Waffenschmied. 22 Worüber man in Amerika spricht. 22.45 Schlager.

München: 16.20 Konzert. 17 Erziehung. 17.25 Konzert. 18.35 Sehen und Erleben. 18.55 Künstl. Begabung. 19.15 Ostpreußenhilfe. 19.40 Mandolinenkonzert. 20.20 Chorgesang. 20.50 Familien ziehen um. 21.20 Bunter Abend. 22.50 Worüber man in Amerika spricht.

Copyright 1930 by Gerhard Stalling A.-G. Oldenburg i. O.

58. Fortsetzung.

Es ergehe deshalb an Deutschland der durchaus freundschaftliche Ratschlag, es möge die nicht ungerechten Forderungen Frankreichs so schnell wie möglich erfüllen, damit die Grundlage für eine Besetzung deutschen Gebietes, die vom Rate auf alle Fälle außerordentlich bedauert würde, entfalle.

Ueber Polen teilt das Generalsekretariat mit, daß sich der Völkerbund bereits aus eigener Initiative mit der polnischen Regierung ins Einvernehmen gesetzt habe und nicht daran zweifle, daß Polen den Wünschen des Völkerbundes, Danzig zu räumen, entsprechen werde. — Allerdings, so fährt die Note fort, müsse vorher untersucht werden, ob die Behauptung Polens, daß Deutschland seinerseits eine Besetzung Danzigs geplant habe, den Tatsachen entspreche. Nach den bis jetzt von Polen vorgelegten Unterlagen könne dieser Verdacht als nicht ganz unbegründet angesehen werden! Es sei klar, sagt die Note weiter, daß unter dieser Annahme die Handlung Polens in einem ganz andern Lichte erscheinen müsse, da man gerechterweise Polen nicht zumuten könne, Danzig wieder in deutschen Händen zu sehen!

Im übrigen, so schließt die Note, sei der Protest Deutschlands deshalb verfehlt, weil Danzig der Oberhoheit des Völkerbundes und nicht der Souveränität der deutschen Republik unterstehe und die außenpolitische Vertretung Danzigs bekanntlich Sache Polens sei. „Der Rat des Völkerbundes glaubt, nur aus Gründen internationaler Courtoisie den Protest Deutschlands beantworten zu müssen, ohne damit ein Präjudiz aufstellen zu wollen!"

Staatssekretär Berg geht lebhaft vor Wessel auf und ab, der in stummer Wut auf das Dokument starrt.

„Hast du erwartet, daß der Völkerbund eine Armee, die er gar nicht hat, gegen Polen und Frankreich mobil machen wird? Hast du erwartet, daß die Firma Völkerbund, deren Hauptgesellschafter Frankreich und Genossen sind, etwas unternommen wird, um die Rechte Deutschlands zu schützen?" fragt Dr. Berg.

„Gewiß habe ich nicht viel erhofft", sagt der Minister, „aber wenn man diese Note hier liest, wenn man es schwarz auf weiß hat, daß dieser Bund wirklich nur eine großartige Augenauswischerei ist, eine Interessengemeinschaft der sogenannten Sieger, eine Gesellschaft zur Ausnützung erpreßter Friedensverträge, dann überkommt einen doch der Ekel! Der abgrundtiefe Zynismus, die unsagbare Gemeinheit sind wirklich nicht mehr zu überbieten! Hätte man nicht wenigstens die Form wahren können?!"

„Du lieber Gott, der Rat und der Generalsekretär Dubois halten das wohl nicht für notwendig! Warum sollen sie auch mit Deutschland viel Geschichten machen!? Es ist ihnen sicherlich peinlich genug, daß sie uns überhaupt antworten müssen!"

Wessel stützt seinen Kopf auf die Hände und bleibt einige Minuten stumm.

„Mitunter, Berg", sagt er dann, und sein Gesicht erhält einen schmerzlichen, gequälten Ausdruck, „überfällt mich Unruhe, ich möchte fast sagen Verzweiflung und Angst vor dem Morgen, der Zukunft überhaupt! Sieht es denn nicht aus, als müsse Deutschland seine Ketten ohne Ende tragen? Seit zwanzig Jahren kämpfen wir gegen die Kriegsschuldlüge — aber male dir aus, was geschähe, wenn sie das Urteil aufheben müßten, wenn sie offiziell sagen müßten, was inoffiziell tausendmal festgestellt ist, daß die Hauptschuld nicht bei Deutschland, sondern bei ihnen selbst liegt! Die Folgen wären unabsehbar! Wir haben rund einhundertfünfzig Milliarden an Reparationen, teils in bar, teils in Sachleistungen bezahlt — vergiß weiter nicht, daß wir das Elsaß abgetreten haben, Lothringen, Danzig vergiß nicht die Verluste in Ostpreußen, den Korridor, diesen Wahnsinn, und schließlich die Kolonien —. Es kommt eine Summe heraus, die unvorstellbar ist! Und das ist es eben, was sie zusammenschmiedet, Frankreich, Polen, England und die anderen kleinen Kläffer — es sind die nackten Geldinteressen, nicht Demokratie und wie der Schwindel heißt, den sie uns vorgemacht haben, Abrüstung, Weltfriede — denn man sieht ja, wie sie abrüsten! Sie fürchten den Tag, an dem wir unsere Abrechnung präsentieren werden, sie zittern vor dem Gerichtstag!"

„Wir sind immerhin schon ein Stückchen weiter, Wessel!"

„Noch lange nicht dort, wo wir sein sollten! Sie halten uns mit Bajonetten nieder, sie fahren Tausende von Tanks rundherum auf, Kanonen, Giftgas ist bereit, um uns zu ersticken, wenn wir uns rühren, unser Recht wollen. Mit Gewalt, mit den Waffen, die wir jetzt haben, ist unsere Freiheit nicht zu gewinnen! Gegen Tanks gibt es keinen Heldenmut, gegen Maschinengewehre nützt die nackte Brust nur wenig! Wir können sie nur mit gleichen Waffen schlagen, mit noch besseren!"

„Bist du so weit?"

„Nahe daran!" Er sieht auf die Uhr. „Es ist zwei! Stosch wird mich sofort anrufen — er hat mich zu einem interessanten Versuch auf Objekt 3 eingeladen — komme mit, wir sind bald wieder zurück!"

Kaum hat er ausgesprochen, klingelt das Telefon.

„Wessel! Ja, eben sprach ich mit Berg — er kommt mit — schön, wir fahren sofort ab!"

Sie verlassen das Haus durch einen Seitenausgang. Wessel sieht sich um, sie gehen ein Stück und nehmen dann einen Wagen. Man muß aufpassen, denn Pantouche hat immer jemand auf der Lauer liegen.

In schnellster Fahrt rasen sie bis in die Nähe des Mariendorfer Friedhofes, lohnen den Wagen ab, gehen ein Stück die Rixdorfer Straße entlang, biegen dann in einen Feldweg ein und stehen nach etwa 20 Minuten vor einer langgestreckten, barackenähnlichen Anlage, an die sich ein stacheldrahtumsäumtes, in Felder geteiltes Grundstück anschließt. (Fortsetzung folgt).

MARCHIVUM

Fort mit der Warenhauspest!

Wir haben erst vor wenigen Tagen in zwei Veröffentlichungen das wahre Gesicht der Warenhäuser aufgezeigt, haben ganz besonders darauf hingewiesen, wie die Qualitätswaren der Warenhäuser aussehen und welcher Nutzen den Käufern entsteht.

Der hinter uns liegende erste Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl hat uns gezeigt, daß heute noch zahlreiche Vertreter des Mittelstandes dem System ihre Stimme gaben und sich nicht bewußt waren, daß sie damit selbst der langsamen aber sicheren Vernichtung des deutschen Bürgertums den Weg bereiten. Es steht fest und ist durch kein noch so großes Geschrei in der Systempresse hinwegzuleugnen, daß die gesamte Judenschaft Deutschlands und damit die Schöpfer der Warenhauspolypen das größte Interesse an dem Sieg Herrn von Hindenburgs haben. Nicht umsonst haben die Judengazetten ganz Deutschlands Herrn von Hindenburg als „ihren Retter" gepriesen und nicht umsonst haben sie ihrer eigenen Meinung aus dem Jahre 1925 eine schallende Ohrfeige versetzt; sie haben lieber in Kauf genommen, als charakterlose Gesellen gebrandmarkt zu werden, als von der sicher kommenden Welle des Nationalsozialismus hinweggespült zu werden.

Wir glauben nicht, daß es den Leuten von der Gegenseite wirklich so wohl zu Mute ist, wie es die Bürgerbreipresse hinstellt, wir sind viel eher vom Gegenteil überzeugt: **Die fast erreichte Verdoppelung der Nationalsozialisten und damit das Erfassen derjenigen Menschen in Deutschland, die an dem System der Notverordnungen übergenug haben, spricht eine zu deutliche Sprache der Ablehnung, als daß sie übersehen werden kann.** Darüber hinaus werden wir schon sorgen, daß aus den 11,3 Millionen, die es heute schon sind, die Mehrheit des deutschen Volkes wird. Wie sehr die Regierung Brüning in Gefahr ihrer judenschützerischen Politik für das Volk erkannt hat, geht daraus hervor, daß sie ausgerechnet drei Tage vor der Wahl „lieb Kind" mit dem verratenen und tausendfach verkauften Mittelstand spielte, indem sie eine Notverordnung erließ, deren Tendenz sich gegen die Einheitspreisgeschäfte richten „sollte". Doch wurde das Manöver von dem Mittelstand erkannt! Wir wollen aus mehreren uns zugegangenen Zuschriften nur eine herausgreifen, die am treffendsten die Absicht der Notverordner illustriert. Ein Mittelständler schreibt:

Der Brief eines Mittelständlers

„Die neueste Tat der Notverordner! Großes Heil ist unserm notleidenden Mittelstand widerfahren. Ausgerechnet drei Tage vor einem Schicksalstag der Nation besinnt sich unsere Regierung der schon immer vor der Wahl versprochenen Mittelstandsfreundlichkeit und erläßt eine „Notverordnung zum Schutze des Mittelstandes" gegen den überhandnehmenden Ausbau der Einheitspreisgeschäfte.

Aufgepaßt! In Städten unter 100 000 Einwohnern dürfen keine neuen Einheitspreisgeschäfte eröffnet werden! Glaubt denn die Regierung wirklich, daß diese Warenhaushyänen so dumm wären, an aussichtslosen kleinen Plätzen derartige Ramschbazare aufzuziehen? Nein und nochmals nein, aber dem Mittelstand will man den Brei um den Bart schmieren, wie wenn . . . . .

Stets wurden wir betrogen und belogen. Beim Youngplan sind wir hereingefallen und durch die als Zeichen der „Besserung" folgenden Notverordnungen wurde unsere Existenz untergraben. Jetzt ist Schluß!"

Dieser Aeußerung eines Mittelständlers wollen wir nur noch hinzufügen, daß tatsächlich in Städten unter 100 000 Einwohnern zahlreiche solche Ramschbuden bestehen, ja daß die kleineren Bezirksstädte geradezu mit solchen übersättigt sind und der Mittelstand dort fast restlos zugrunde gegangen ist. **Statt aber nun dieser Pest rigoros an den Hals zu langen und sie einfach zu verbieten, d. h. auch die bestehenden Geschäfte restlos zu beseitigen, macht man in Bluff und verbietet die Eröffnung „neuer" Einheitspreisgeschäfte.** Diese „als ob"-Politik wird ihre Früchte zeitigen.

Während der Mittelstand sich in Todeskrämpfen auf dem Boden windet und nicht mehr weiß, wie er den vielfältigen Steuerpflichten nachkommen soll, während ihm das Hemd auf dem Leibe weggepfändet wird, schöpft der Warenhausjude mühelos das Fett von der Suppe, die sich das Volk selbst einbrockt! Der **Woolworth-Warenhauskonzern,** ein englisches Unternehmen, das auch in Deutschland zahlreiche Niederlassungen unterhält, hat nach einer Mitteilung des „Badischen Einzelhandels" aus den Gewinn des Geschäftsjahres **1931 eine Dividende von 70 Prozent i. W. — siebzig Prozent** — ausgeworfen. „Sehn, se, des is e Geschäft"! **Der Reingewinn betrug** nach Abzug sämtlicher Ausgaben nicht mehr und nicht weniger als **84 Millionen Mark.** Aus dem Kommentar des „Bad. Einzelhandels" geben wir nur folgendes wieder:

Der „Bad. Einzelhandel" und Woolworth

Und nun fragt man sich: wie ist es möglich, 70 Prozent Dividende bei Woolworth? Ja warum denn? Weil die Artikel in diesen Geschäften blendend aufgemacht und ausgestellt dem Publikum „so preiswert" erscheinen im Gegensatz zum anderen Handel, daß sie in Massen gekauft, man möchte sagen, gefressen werden.

Setzt man eine ordnungsgemäße Abführung der Steuern und Spesen voraus, so können die Preise für dieses 25- und 50-Pfennig-Zeug keinesfalls im Verhältnis zum Wert stehen. Von den Geschäftspraktiken ganz zu schweigen, daß dort z. B. 1 Strumpf oder 1 Handschuh um 50 Pfg. in der Auslage ausgezeichnet wird und der Käufer, der dies flüchtig sieht, in den Laden gelockt wird, um dann doch das für den Normalmenschen notwendige „Paar" zu kaufen.

Aber nicht nur Arbeiterfrauen kann man dort sehen, o nein, die „Mittelständlerinnen" kaufen auch ihre Perlenkette zu 25 Pfg. und 1 Strumpf zu 50 Pfg. . . .

Oh, ihr deutschen Volksgenossen! Jawohl, diesem Stoßseufzer schließen wir uns an, nur können wir eines nicht verstehen und das ist die Tatsache, daß ausgerechnet der zweite Vorsitzende des Mannheimer Einzelhandels den Hindenburgaufruf der Mannheimer Prominenz unterschrieben hat. Ob dieser Mann sich klar darüber war, daß er damit den Totengräbern des Einzelhandels Hilfsstellung geleistet hat? Oder soll das wahr sein, was uns bis jetzt nur als Gerücht zu Ohren kam, daß Herr Engelhorn von der Firma Engelhorn und Sturm in Mannheim den Aufruf gar nicht unterschrieben hat? Wie gesagt, das ist nur ein Gerücht und muß als solches auch gewertet werden, nachdem uns bis heute auf unsere Veröffentlichung vor einigen Tagen seitens des Herrn Engelhorn keine Berichtigung zugegangen ist.

Es ist an der Zeit, daß sich auch der Einzelhandel auf seine Aufgabe besinnt und er der Ausbreitung der Warenhauspest entgegentritt. Wir wollen nicht hoffen, daß der Verband der Bad. Einzelhändler, wie wir schon gehört haben, auch Warenhausjuden zu seinen Mitgliedern zählt und erwarten, daß der Einzelhandel endlich sehend wird und seine ganze Kraft einsetzt, daß diese Pestbeule am Wirtschaftskörper des deutschen Volkes verschwindet. **Freilich wird dieses Ziel nicht mit leeren Protesten und durch das Eintreten für das mittelstandsfeindliche System zu erreichen sein. Es gibt in Deutschland nur eine Partei, die größte, die dem Warenhauspolypen energisch zu Leibe gehen wird und das ist der Nationalsozialismus. Denkt daran Mittelständler, andernfalls es der Jude noch fertig bringt, daß ihr ihm aus der Hand fressen müßt.**

Djelal.

Der badische Landtag tagt wieder

15. März 1932, 3.30 Uhr.

Nach Eröffnung wird vom Landtagspräsidenten mitgeteilt, daß der nationalsozialistische Antrag der Abgg. Merk u. Gen. auf Wiederherstellung des Selbstverwaltungsrechts der Gemeinden, der in der 3. Sitzung eingegangen und zur geschäftlichen Behandlung dem Ausschuß für Rechtspflege und Verwaltung überwiesen wurde, auf Vorschlag der Vertrauensmänner im Haushaltsausschuß behandelt werden soll.

Nach Bekanntgabe der weiteren Eingänge werden, bevor in die Beratungen eingetreten wird, eine Anzahl „Kurzer Anfragen" beantwortet, darunter eine solche wegen der unberechtigten Auflösung einer nationalsozialistischen Versammlung in Freiburg. Herr Maier erklärte dies natürlich als völlig rechtmäßige Handlung des fraglichen Polizeibeamten.

Die Wasserkatastrophe in Kehl-Auenheim ist nach nationalsozialistischer Auffassung auf ein Versagen der staatlichen Bauleitung zurückzuführen, die einen genügenden Hochwasserschutz außer acht gelassen hat.

Zu einer diesbezüglichen Anfrage nimmt die Regierung in längeren Ausführungen Stellung. Wir werden darauf zurückkommen.

Der Haushalt des

Rechnungshofes

wird als erster des Staatsvoranschlages 1932/33 gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und KPD. angenommen. Er schließt mit einem Zuschußbedarf von jährlich 222 250 RM. ab, wozu 450 RM. eigene Einnahmen kommen, so daß zusammen jährlich 222 700 RM. verbraucht werden. Auffällig ist ein

Gehalt von 16 115 RM. für den Rechnungshofpräsidenten.

Gestrichen wurden am Gesamthaushalt des Rechnungshofes an den Dienstreisekosten 600 Reichsmark, sodaß seine Gesamtausgabe sich auf 222 100 RM. ermäßigte.

Der Haushalt 1932/33 des

Badischen Landtages

sieht **527 500 RM. Gesamtausgaben** jährlich vor. Darunter sind als

Aufwandsentschädigung für die 80 Abgeordneten 295 500 RM.

jährlich eingesetzt. Im Jahre vorher hatten sie noch 337 000 RM. eingesteckt.

Insgesamt werden beim Landtag gegenüber bisher 134 890 RM. eingespart, ein Beweis, daß früher aus dem vollen geschöpft wurde.

Ist das Gerechtigkeit?

Gegen den Mißbrauch des Rundfunks

Freiburg, 15. März 32.

An
die Generalversammlung des Reichsverbandes deutscher Rundfunkteilnehmer
Berlin.

In der unerhörtesten Form ist der Rundfunk in der hinter uns liegenden Reichspräsidentenwahl mißbraucht worden. Rücksichtslos, bewußt hat die zuständige Rundfunkbehörde die sonst immer betonte Ueberparteilichkeit gebrochen. In nicht mehr zu überbietender Weise hat der Rundfunk sich ausschließlich einem Präsidentschaftskandidaten und den hinter ihm stehenden Männern zur Verfügung gestellt.

Sämtlichen anderen Kandidaten blieb das Mikrophon versagt.

Einspruchstelegramme blieben ohne Antwort und waren erfolglos.

Eineinhalb Millionen nationaler Rundfunkhörer dürfen nur zahlen, ohne daß ihre Belange auch nur die geringste Berücksichtigung finden.

Im Namen der 40 000 nationalen Rundfunkhörer Badens fordere ich im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl gleiches Recht für alle.

Für den Fall, daß unsere Forderung auf Gleichberechtigung im Rundfunk abgelehnt wird, sind schon heute alle Vorbereitungen zu einem Rundfunkstreik zu treffen.

Reichsverband
Deutscher Rundfunkteilnehmer E. V.
Werbebezirk Freistaat Baden.

Auf zum Kampf um den deutschen Rundfunk!
Schließt die Reihen!

Kein nationalsozialistischer Hörer darf in der Kampffront fehlen! Melden Sie sich sofort bei Ihrem zuständigen Bezirks- oder Ortsgruppenfunkwart.

Auskunft gibt der Verlag der Zeitung.
Der Gaufunkwart Baden.
P. L. Werber,
Freiburg i. Br., Urachstraße 25.

Bezirksfunkwart: Wilhelm Krämer, Heidelberg, Neuenheimerlandstraße 34.

Der „Ausschuß"

Von einem Landwirt aus dem Bezirk Sinsheim wird uns geschrieben:

Die Festbesoldeten aus dem Bezirk Sinsheim haben es auch für nötig befunden, einen Hindenburg-Ausschuß ins Leben zu rufen. Wert hat es zwar keinen gehabt, denn welchen Bauern packt nicht die Wut, wenn er sieht, wo die stehen, für die er arbeitet. Der Bezirk Sinsheim steht bei Hitler, auch wenn er einen gegnerischen Landrat hat. Der Hindenburgausschuß des Bezirkes besteht aus alten Bekannten schwarz-rot-goldener Prägung. Da ist kaum einer, den wir in unserem Staate, der kommen wird, als Funktionär lieb hätten. Nur einer scheint nicht recht in die Geographie des Ausschusses zu passen: Herr Notar Seltsam!

Es tut mir in der Seele weh,
daß ich Dich in solcher Gesellschaft seh.

Ist Ihnen wirklich wohl in dieser illustren schwarz-roten Gesellschaft Herr Notar? Wir können es nicht glauben. Ihrer ehrlichen stets bekundeten nationalen Gesinnung nach passen Sie nicht dahin.

Und noch einen finden wir, der paßt aber hin: H. Menold, Ratschreiber in Kirchardt. Herr Ratschreiber! Haben Sie noch nie Mitglied der NSDAP. werden wollen? Haben Sie noch nie an einen unserer führenden badischen Parteigenossen geschrieben, daß Ihre Gesinnung immer nationalsozialistisch war und daß Sie Hitler verehren? Die Kirchardter Nationalsozialisten hatten Sie schon früher durchschaut.

Die Amtsrichter von Neckarbischofsheim und Eppingen hatten sich eine weise Zurückhaltung auferlegt. In einem kleinen Landort muß sich ein Richter so einstellen. Warum haben Sie Herr Amtsgerichtsrat Grein es für nötig gehalten öffentlich zu demonstrieren, daß Sie nicht zum erwachenden Deutschland gehören? Wir haben Sie zwar nie dazu gezählt, zur Hebung Ihres richterlichen Ansehens trägt aber ein derart öffentliches Eintreten für einen umkämpften Kandidaten nicht bei.

Wer reit' mit zwanzig Knappen ein
zu Heidelberg im Hirschen?

Der Herr Dekan des Bezirkes ist auch beim Ausschuß. Einige haben wir noch in petto. Heil ihnen!

Sie passen nicht zusammen die Herren Beamten des Bezirkes mit ihrer Bevölkerung. Unsere Forderung! Her mit den Hitlerbeamten, fort mit den Systembeamten in Staats- und Rathausstuben.

Deutscher Beamter hergehört!

In einer sozialdemokratischen Versammlung in Wertheim am Sonntag, den 28. Februar 1932 erklärte der SPD.-Führer von Wertheim, Gemeinderat Roth,

die Sozialdemokratie werde noch 3 Notverordnungen im Reichstag annehmen, wenn nur dadurch Hitler von der Machtergreifung abgehalten werde.

Deutsche Beamten! Jede neue Notverordnung brachte Euch weitere Kürzungen Eurer Bezüge. Die Preissenkungsaktion des Herrn Brüning ist gescheitert. Man hat sie Euch als Gegenleistung versprochen und nichts gehalten. Und nun erklärt bereits die Sozialdemokratie, daß sie auch noch zu weiteren Kürzungen die Hand reichen will. Das bedeutet nichts anderes als Kürzungen, Kürzungen und nochmals Kürzungen!

Am 10. April hast auch Du, deutscher Beamter, über das Schicksal unseres Volkes, über Dein eigenes Schicksal zu entscheiden. Daher — keine Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie, keine Stimme diesem System, das Dir heute bereits neue Kürzungen in Aussicht stellt.

Deutscher Beamter, Dein Kandidat ist der Führer von morgen:

Adolf Hitler

MARCHIVUM

Stadt Mannheim.

Mannheim, den 17. März 1932.

Kind verbrüht. Gestern mittag 12 Uhr fiel ein 3 Jahre alter Knabe der Eheleute Herbel in der elterlichen Wohnung, Untergasse 20, in einen am Boden stehenden, mit heißem Wasser gefüllten Kübel und wurde derart verbrüht, daß es am gleichen Tage um 18 Uhr im Krankenhaus gestorben ist.

Selbstlösungsversuch. — Vor ein Auto geworfen. In vergangener Nacht warf sich ein Taglöhner aus der Jungbuschstraße in der Absicht, sich das Leben zu nehmen, auf der Brückenstraße vor einen Personenkraftwagen. Durch Geistesgegenwart gelang es dem Führer des Kraftwagens, rechtzeitig zu halten, sodaß ein Unglück verhütet werden konnte. Der Lebensmüde wurde mit dem Sanitätskraftwagen ins allg. Krankenhaus verbracht.

Polizei-Bericht

vom 16. März 1932.

Unfälle. Gestern nachmittag erlitt ein Taglöhner aus der Dammstraße am südlichen Aufgang zur Friedrichsbrücke einen Schlaganfall und verlor das Bewußtsein. Der Sanitätskraftwagen der Berufsfeuerwehr verbrachte ihn ins allgemeine Krankenhaus, wo der Arzt eine durch den Sturz verursachte Quetschung der linken Schulter feststellte.

Verkehrsunfälle. Beim Ueberschreiten der Dammstraße vor dem Bahnhof Neckarstadt geriet um die gestrige Mittagszeit eine Frau aus Käfertal in die Fahrbahn eines Radfahrers. — Durch den Zusammenprall fiel sie zu Boden und schlug mit dem Kopf auf den Randstein auf, wobei sie eine stark blutende Wunde über dem rechten Auge davontrug. Nach Anlegung eines Notverbandes in der Hauptfeuerwache wurde die Frau ins allgemeine Krankenhaus überführt. — Auf der Kreuzung Friedrich-Karlstraße und Friedrichsplatz stießen gestern nachmittag ein Personenkraftwagen und ein Radfahrer zusammen. Der Radfahrer wurde am rechten Oberschenkel verletzt, und sein Fahrzeug stark beschädigt.

Radfahrerkontrolle: Bei einer gestern abend vorgenommenen Radfahrerkontrolle wurden 26 Radfahrer wegen fehlender Beleuchtung und 20 wegen Fehlens der Rückstrahler beanstandet. In 24 Fällen mußte eingeschritten werden, weil Blendwirkung durch nicht genügende Neigung des Lichtkegels verursacht wurde.

*

Schöffengericht.

Der Lieferwagen in dem Verkaufshäuschen.

Am 21. Oktober vorigen Jahres fuhr der Angeklagte, der Händler Sch. von Lampertheim, mit geladenem Wagen durch die Mühlandstraße auf dem Luzenberg nach dem Markt. Eine in der Richtung Hausastraße fahrende Kraftdroschke sollte zum Verhängnis werden. Zu spät erblickten sich an der Straßenkreuzung beide Fahrer. Beide wollten das Unglück verhüten und warfen das Steuer herum. Dabei stieß der Taxibesitzer H. von hinten auf den Lieferwagen, der seinerseits mit voller Kraft in das an der Ecke stehende Verkaufshäuschen hineinfuhr. — Der Inhaber bemerkte die Gefahr zu spät und mußte schwerverletzt in das Krankenhaus eingeliefert werden. Bei Sch. hatten auf dem Führersitz noch drei ziemlich beleibte Personen Platz genommen, sodaß er nach dem Sachverständigengutachten in seiner Bewegungsfreiheit gehindert war und nicht die volle Herrschaft über den Wagen hatte. H. hatte das Vorfahrtsrecht nicht eingehalten und dürfte, ebenso wie Sch. das ortszulässige Schnelligkeitstempo nicht eingehalten haben, sonst hätten beide ihre Wagen bei der großen Straßenbreite unbedingt vor dem Zusammenstoß zum Halten bringen müssen. Da Sch. wie H. sich gegen die Kraftfahrzeugordnung vergangen hatten, erhielten sie am 21. Dezember 1931 je einen Strafbefehl über 300 Mark, im Nichtbeibringlichkeitsfalle 1 Monat Gefängnis. Beide hatten gegen den Strafbefehl Berufung eingelegt, die nun zur Verhandlung stand. Nochmals wurde der Zusammenstoß am Modell eingehend geprüft. Nach kurzer Beratung wurde H. wegen Uebertretung der Kraftfahrzeugordnung zu 200 Mark und Sch. wegen des gleichen Deliktes und erfolgter Körperverletzung zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. Bei H. wurde auf eine höhere Geldstrafe erkannt, da er, infolge Nichteinhaltens des Vorfahrtsrechts das Unglück verschuldet hatte und somit höher zu bestrafen war.

Der Rosenstock schlägt aus!

Jetzt schon? Es ist doch erst Mitte März! Rosen blühen doch gewöhnlich erst im Mittsommer, im Juni, Juli!

Und doch! Ein Rosenstock schlug aus und zwar nicht zu knapp!

Und das geschah so:

Es war vor einigen Tagen. Nationaltheater. Probe zu Wagners Tannhäuser! — Der in gewissen Kreisen äußerst beliebte Dirigent Rosenstock, dessen Urahnen aus Palästina auswanderten, steht mit einer Guitarre (zu deutsch Klampfe) vor dem Chor und übt ein. Nun weiß kein Mensch zu berichten wieso — aber plötzlich fliegt das gequälte Instrument aus Rosenstocks Hand durch die Luft und landet unter großen Geräuschen —

im Gesicht einer Choristin!

Mit erheblichen Verletzungen im Gesicht mußte das unschuldige Opfer ohnmächtig weggetragen werden. Was noch sich tat, das verschweigt die „Chronik".

Uns jedoch sei noch ein kurzer Epilog gestattet! Es ist nicht unsere Aufgabe, diese Angelegenheit zu untersuchen, vielleicht kümmert sich Herr Maisch darum. Aber es muß hier ganz eindeutig festgestellt werden, daß ein „Aus-der-Hand-fallen" allen Umständen nach nicht in Frage kommt. Wir stehen vielmehr vor der Tatsache, daß das Musikinstrument seinen unglücklichen Weg nach Willen des Dirigenten genommen hat, will also heißen:

Herr Rosenstock hat die Guitarre geworfen.

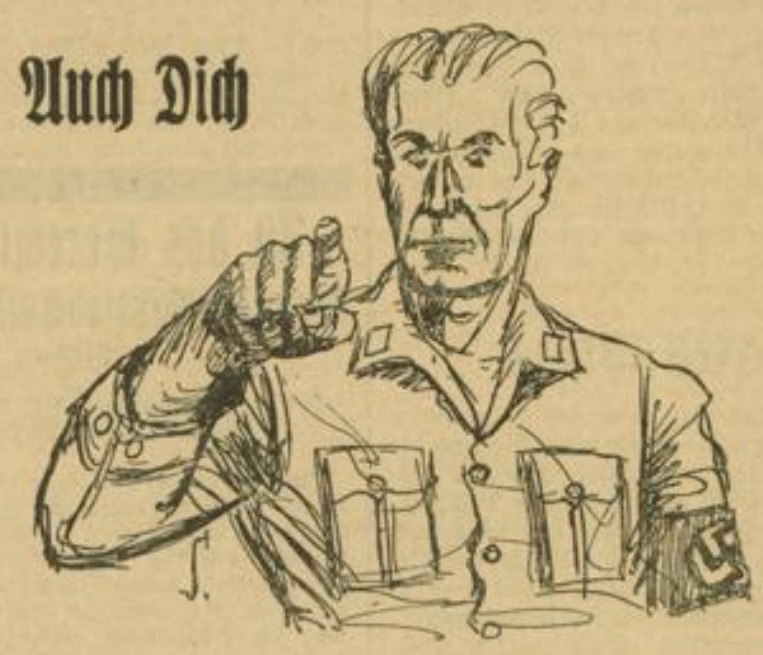
Wir sind uns der Arbeit und er Schwierigkeiten einer Tannhäuser-Einstudierung voll bewußt. Wir können auch verstehen, daß die Nerven zu höchster Spannkraft gesteigert werden. Aber dies alles sind keine Entschuldigungsgründe für das brutale Verhalten des Juden Rosenstock, der dadurch bewiesen hat, daß nicht die Liebe zu dem großen Wagnerwerk ihn bei den Proben leitete. Ein Mensch, dessen Nerven bei der Einübung schon versagen, hat bestimmt auch nicht die Qualifikationen und erfüllt sicher nicht die Ansprüche, die an einen Operndirigenten gestellt werden müssen. Das beweist auch der Umstand, daß vor allen Dingen er es war, der die Aufführung des „Hahnrei", trotz heftigen Sträubens der Orchestermitglieder, durchgesetzt hat. Hat Rosenstock bei der Einstudierung des Goldschmidt-Machwerkes auch seine Nerven verloren? Oder stammt sein derzeitiger labiler Seelenzustand von den übermenschlichen Anstrengungen bei dessen Aufführungen? Vielleicht erholt sich Herr Rosenstock einmal an der Riviera, die Theaterbesucher bezahlen es ja!

Abschließend wollen wir Herrn Rosenstock versichern, daß wir in Zukunft uns vor jüdischen Uebergriffen zu schützen wissen.

Auch fürs Mannheimer Theaterleben heißt unsere Parole:

Der Kampf geht weiter!

Hm.



hat die sogenannte neutrale und schwarz-rote Erfüllungs-Presse über Auswirkung des Dawes- und Young-Planes belogen. Auch Dich hat sie davon abgehalten, beim Volksbegehren Deine Stimme gegen die Versklavungspläne abzugeben.

Kannst Du es vor Dir und Deinem Volke verantworten, daß Du noch heute diese Zeitungen hältst? Weg mit diesen Presseerzeugnissen der politischen Krämerseelen! Hin zu den nationalsozialistischen Zeitungen, die als einzige sich gegen die Verelendungsverträge aufbäumten. Das „Hakenkreuzbanner" muß Dein Blatt werden!

Tageskalender:

Donnerstag, den 17. März.

Nationaltheater: Nur für den Bühnenvolksbund „Don Carlos" von Schiller — 19.30 Uhr.

Volkstheater Apollo: Gastspiel des Komikers Heinz Keint mit Ensemble: „Ein kräftiger Junge angekommen". 20.15 Uhr.

Planetarium im Luisenpark: 15 Uhr Besichtigung. 20 Uhr Vorführung für Erwerbslose.

Mehr guten Willen bei der Preissenkung!

Vom Preis-Ueberwachungsausschuß der Ortsgruppe Mannheim des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes wird uns geschrieben:

Nachdem der Reichskommissar für Preisüberwachung seine Arbeiten so gut wie zum Abschluß gebracht hat, sind für die Länder besondere Ueberwachungskommissare bestellt worden, die die eingeleitete Preissenkungsaktion nachdrücklichst weiterführen sollen. Es wird die Aufgabe aller Preis-Ueberwachungsausschüsse der Organisationen sein, mit dem Preis-Ueberwachungskommissar für das Land Baden enge Fühlung aufzunehmen und seine Arbeiten zu unterstützen. Vom DHV. ist bereits angeregt worden in einer Besprechung mit dem Landeskommissar für Preisüberwachung alle Mittel und Wege zu beraten, die geeignet sind, den Abbau der Preise weiterzutreiben. Im wesentlichen wird es aber darauf ankommen, daß alle an der Preisbildung beteiligten Stellen in Industrie, Handel und Gewerbe guten Willens sind, den Erfordernissen der Zeit Rechnung zu tragen.

Es sind z. B. Beobachtungen gemeldet worden, daß die auf den Preisschildern aufgezeigten Preise dann und wann mit den Kaufpreisen nicht übereinstimmen. Erst bei den Beanstandungen der Käufer werden Richtigstellungen vorgenommen oder Erklärungen abgegeben, die nicht immer die Tatsachen treffen, doch es spricht aus ihnen nur allzu deutlich die Enttäuschung und Erregung der Verbraucherschichten. So muß z. B. richtiggestellt werden, daß die Mannheimer Kohlenhändlervereinigung ihre Preise nach den Mindestvorschriften des Reichskommissars für Preisüberwachung gesenkt hat. Die 15prozentige Senkung der Handelsspanne, die zur Debatte stand, ist ab 1. 1. 1932 eingetreten. Dabei ist an der Tatsache nicht vorüberzugehen, daß die Kohlenpreissenkung für den Großteil der Abnehmer nicht mehr spürbar war, weil die Senkung am 9. November 1931 und am 1. Januar 1932 erst dann eintraten, als die Wintervorräte zum größten Teil bereits in den Kellern der Verbraucher lagen.

Es geht zweifellos am Ziel vorbei, wenn Industrie, Handel und Gewerbe nur einseitig den verbrauchenden Schichten ihre Not klagen. Die Abnehmer haben kein Interesse daran, den Möbelhändler und den Konfektionär auf ihren Warenbeständen sitzen zu lassen oder den Friseur nur noch selten aufzusuchen. Es würde gern mehr gekauft und verbraucht werden, wenn die Kaufkraft nicht vermindert wird. Wir richten den Appell an alle an der Preisbildung beteiligten Stellen, den guten Willen zu zeigen, der notwendig ist, um das bereits vorhandene Mißtrauen und die Unruhe unter den Käufern zu bannen. Das wird allerdings nicht eher eintreten, als bis klar zu erkennen und zu spüren ist, daß die Angleichung der Preise in dem erforderlichen Ausmaß vorgenommen worden ist. Gewiß kann nicht verschwiegen werden, daß die Lebensmittelpreise seit dem Jahre 1929 um 22,9 v. H. gesenkt worden sind, daß die Abstriche der Kohlenverkaufspreise zum Teil 18—19 v. H. betragen; das ist aber nicht ausreichend, wenn man die Senkung der Löhne und Gehälter zum Vergleich heranzieht. Der Angestellte in Mannheim hat rund 30—50 v. H. seines Gehaltes eingebüßt. Nach einer letzten Erhebung des DHV kommt für die Angestellten im Reich ein Durchschnittsabzug von 43 v. H. heraus. Die Not, die zu Entbehrungen zwingt, ist ungleich größer bei den verbrauchenden Schichten der Bevölkerung und nur der gute Wille wird zum Erfolg führen, die jetzt vorhandene Unzufriedenheit zu beheben.

Geschäftliches.

Im Durlacher Hof P 5, 2/3 gastiert z. Zt. Kapellmeister Funk mit seinen blauen Husaren. Schneidig, wie es sich für Husaren geziemt, werden die schönen, alten Armeemärsche zu Gehör gebracht. Aber Husaren finden sich in alten Sätteln zurecht und so finden auch klassische und moderne Werke in diesem Orchester beste Pflege. Fast ohne Pause wickelt sich das tägliche Programm ab und reicher Beifall aus dem stets gut besuchten Hause fordert immer wieder Zugaben. — Das Gastspiel läuft am 31. März ab. Wer einen genußreichen Abend verbringen will, versäume nicht, den Durlacher Hof und seine blaue Husarenkapelle zu besuchen.

Theater.

Das Lustspiel „Marguerite durch drei" gelangt am Samstag im Universum als Nachtvorstellung nochmals zur Aufführung.

Die Feier zu Goethes Gedächtnis am kommenden Sonntag vormittag wird vom Nationaltheater gemeinsam mit den Theatergemeinden des Bühnenvolksbundes und der Freien Volksbühne, sowie dem Freien Bund und mit der Volkshochschule Mannheim veranstaltet. Die Mitglieder der genannten Organisationen erhalten für alle Plätze Karten zu einem einheitlichen Vorzugspreis.

Der Südfunk hat soeben für Mitte April die Sendung der im Nationaltheater mit besonderem Erfolg aufgeführten Johann-Strauß-Operette „Prinz Methusalem" in einer Aufführung durch die Kräfte des Nationaltheaters angenommen.

KINO.

Gloria wartet gegenwärtig mit einem Doppelprogramm auf, das sich sehen lassen kann. In Erstaufführung für Mannheim den Tonfilm „Im Banne der Berge", dessen Handlung zwar nicht neu ist, was aber nach den Erfahrungen mit modernen Filmen eher zu seinen Gunsten spricht. Der Zuschauer wird ins Hochgebirge versetzt, wo in prächtiger Alpenlandschaft die Liebe einer Sennerin (Elga Brink) zu einem schmucken Jäger (Gustl Gstettenbauer) trotz oder besser durch eine Wilderergeschichte zum guten Ende führt. In die Handlung sind geschickt schwierige Bergkraxeleien, Gesänge, Schuhplattler u. s. f. eingestreut, die einen guten Rahmen abgeben. Der zweite, stumme Großfilm „Weiße Schatten" ist ein naher Verwandter des hübschen Südseefilms „Tabu" und steht diesem in Güte in keiner Weise nach. Die tönende Wochenschau vervollständigt den empfehlenswerten Gesamtspielplan. Hm.

Schauburg: „Die Geschichte des Franz Biberkopf". Man hat sich als Betätigungsfeld das Berliner Verbrechervierteil ausgesucht und sich das zweifelhafte Schicksal eines aus dem Gefängnis Entlassenen angelegen sein lassen. Derselbe hat sich die besten Vorsätze vorgenommen, wird aber durch seine Geliebte immer wieder in das alte Milieu zurückgezogen. Zweifellos ist das ganze Problem einer wahrheitsgetreuen Charakterisierung der vom Leben gezeichneten, in finsteren Löchern wohnenden Gestalten nicht ganz einfach. Wenn jedoch dieser Streifen ein ausgezeichneter wurde, so ist das in erster Linie dem einzigen für eine derartige Rolle in Frage kommenden beliebten Charakterdarsteller Heinrich George zuzuschreiben, der das Widerspiegeln der inneren Kämpfe Biberkopfs ausgezeichnet wiedergibt. Das ist eigentlich kein Spielen mehr, sondern ein tiefes innerstes Mitleben in seine Rolle hinein. Seine Mitspieler zeigen gute Durchschnittsleistungen, die naturgemäß neben der Meisterleistung Georges verblassen. — Im Beiprogramm wieder ein amerikanischer Wildwestfilm, der wie alle seine Vorgänger nach viel Schießerei — bei der es merkwürdigerweise nie Tote gibt — und Boxerei auf dasselbe herauskommt. Ku.

Meidet die Warenhäuser!

MARCHIVUM

Verratene Volksgenossen

„Das Privatvermögen zu Wasser und zu Lande und in der Luft muß für Friedenszeiten wie für Kriegsfall gesichert werden. In den Grundsatz der Unverletzlichkeit sind die gesamten Vermögensrechte, einschließlich von Forderungen, Beteiligungen, geistigen und gewerblichen Schutzrechten einzubeziehen. Ausnahmen von dem Grundsatz bedürfen der Aufzählung und einer sorgfältigen und einschränkenden Begriffsbestimmung. Soweit ausnahmsweise Zugriffe erlaubt sind, muß die Frage der Entschädigung geregelt werden, ein Recht auf Repressalien kann wegen der Gefahr ungerechtfertigter Anwendung nicht zugestanden werden." — Das ist einer der wichtigen Beschlüsse, die die Internationale Handelskammer bei ihrer Washingtoner Konferenz im Mai faßte. Merken wir uns zunächst diesen Beschluß, sehen und prüfen wir dann an einem Beispiel seinen Wert.

Uns steht die Europakonferenz zur endgültigen Regelung der Reparationsschulden bevor. Als gemeinen Hohn empfinden wir Deutsche das Wort „endgültige Regelung", als eine Beschimpfung unseres Deutschtums, zugleich aber auch als den besten Beweis einer 13jährigen Tributpolitik. Wir alle wissen, daß der größte Schlag, den unsere Gegner gegen uns taten, in die Substanz, d. h. in das Sein unseres Volkes ging; darunter ist zuerst zu rechnen: der Zugriff in den Privatbesitz der Auslandsdeutschen. Die Verwertung deutschen Privatbesitzes seitens der Alliierten stellt die gewaltigste deutsche Reparationsleistung dar. Das Reich selbst hat diese Summe mit 24 Milliarden Goldmark schätzungsweise berechnet, aber nur mit 11,3 Milliarden Goldmark wurde der Besitz entschädigungspflichtig anerkannt. Diese 11,3 Milliarden sind die erste Kriegsschuldenzahlung Deutschlands an die Entente, zwar nicht geleistet durch das Reich, d. h. in Geld, sondern in Hergabe deutschen Privatbesitzes und Eigenvermögens. Von diesen an die Entschädigungspflichtigen zu zahlenden 11,3 Milliarden, vergütete das Reich an die Geschädigten bislang nur etwa 2,3 Milliarden, doch auch diese Vergütung fiel unterwertig aus. (Zu der Zeit bestand 40prozentige Schuldbachforderung.)

Es ist völlig falsch, möglichst wenig über die Liquidationsgeschädigten in die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen, weil Verpflichtungen an die eigenen Volksgenossen in dieser Höhe bestehen Wenn die Entente glaubt, unsere Zahlungsfähigkeit prüfen zu müssen, so ist es Pflicht der Regierungsvertreter, zu sagen, daß die mit 11,3 Milliarden geleistete erste Tributzahlung heute noch mit 9 Milliarden, zuzüglich einer Milliarde an Zinsen seit 1918 als eine innere Verpflichtung des Reiches an seine ausländischen Staatsangehörigen unabgegolten besteht. Mögen auf der Konferenz die Tribute gestrichen werden, diese 10 Milliarden kann man nicht streichen, denn sie sind tatsächlich gezahlte Tribute, allerdings gezahlt von einer halben Million Auslandsdeutscher. Ihnen muß das ersetzt werden, was sie für uns einst hergaben. Die Erfüllungspolitiker, die sich doch sonst so sehr für die Tribute einsetzen, hätten die Pflicht gehabt, die von den Auslandsdeutschen zwangsweise eingezogenen Tribute zu allererst zu erstatten — doch es ist und war kein Geld für die Liquidationsgeschädigten da. Jetzt fordern die Auslandsdeutschen nur noch einen Bruchteil des Geldes, etwa 2½ Milliarde und kommen uns noch so weit entgegen, daß die Zurückzahlung auf Jahre verteilt werden kann. Das ist für uns maßvoll und tragbar! Ueberlegen wir uns doch, daß die Zinsen 2½ Prozent pro Jahr ausmachen, so würde eine Entschädigung im Sinne des Wortes garnicht erfolgen, sondern lediglich nur eine Zinsenzahlung. Der geforderte Betrag ist tragbar — woher nimmt denn die Regierung die jährlichen Milliarden für soziale Zwecke, für Kriegshinterbliebene, Renten, Pensionen, für die Beamten, für den Reichsetat? Woher die Milliarden für die Großreeder, die Großindustriellen an Rhein und Ruhr? Zur Stützung der Danat- und Dresdener Bank sind Mittel da. 5—7 Milliarden werden jährlich ausgegeben für behördliche Paläste, Finanzämter, Krankenkassenverwaltungsgebäude. Wir wollen damit zeigen, daß Mittel da sind, wenn — es sich um andere Kreise und Interessengruppen handelt. Für die Liquidationsgeschädigten aber ist kein Geld da. Traurig ist ihr Schicksal, trauriger ist, daß sie von ihren eigenen Volksgenossen dazu gebracht wurden. Sie sind zum Teil der Landstraße verfallen, wie wir es kürzlich von einigen Elsässern lesen konnten. Bekannte, bedeutende Auslandsdeutsche sind darunter, am Kriegsende wurden sie mit Papiergeld abgefunden, verloren das durch die Inflation und müssen heute hungern und betteln! Nach ihnen, den vom Vaterland verratenen, streckt Frankreich die Hände aus. Es strengt sich unendlich an, eine Annäherung der in Elsaß-Lothringen Zurückgebliebenen und der im Saarland Ansässigen an Frankreich aus Propagandamitteln zu begründen. Es versucht, sie durch Konsumanstalten, Festlichkeiten, Prämien Unterstützungen an seine Politik zu fesseln, mit dem Endziel, sie als „Saarangehörige" bei der Volksabstimmung 1935 als Befürworter der Angliederung des Saargebietes an Frankreich zu gewinnen.

Ein trauriges Bild ergibt sich bei diesen Aufzeichnungen über das „Vergessene Volksvermögen". Wir werden darüber nicht schweigen, wir werden weiter mahnen und warnen, weiter daran erinnern, daß der Hergabe des Eigenvermögens der Auslanddeutschen auch der Stillstand, des durch sie ausgeübten Außenhandels, folgte. Nicht genug damit, zwar jubelten die Feinde, daß Deutschland endlich am Boden lag, aber niemand überlegte, daß der Niedergang der deutschen Wirtschaft den Anfang zum weltwirtschaftlichen Zusammenbruch einleitete. Vergessen wir weiter nicht, daß es wieder die Systempolitiker waren, die da die Hand im Spiel hatten, die opferwillige treudeutsche Menschen um Hab und Gut brachten, und sie dann elend im Stiche ließen.

•

„Ich wollte kein Arbeitermörder werden und darum kehrte ich der Sozialdemokratischen Partei den Rücken"

Als nunmehr erwachten Arbeiter drängt es mich, kurz den Irrweg zu schildern, über den ich nach langem Suchen zur Hitlerbewegung kam. Ich weiß, daß noch Tausende genau so fühlen und suchen, wie früher ich; all diesen soll mein Erleben Ansporn sein, nicht zu verzagen.

Im Jahre 1900 erblickte ich als Sohn eines Kleinhäuslers im schönen Kremstal in Oberösterreich das Licht der Welt. Mein Vater, ein alter Sozialdemokrat, erzog auch mich in streng marxistischem Geiste. Er erzählte mir, daß die Arbeiter der ganzen Welt fest zusammenhalten, daß sie jeden künftigen Krieg verhindern werden und wie die Proletarier einmal die Macht ergreifen werden, um alle Kapitalisten zum Teufel zu jagen; dann gibt es keine Not mehr, dann sind die Arbeiter die Herren der Welt. Begeistert horchte ich auf solche Worte meines Vaters, der ja selbst daran glaubte. Schon als zehnjähriger Bub wollte ich auch mithelfen, damit es schneller vorwärts ginge und verkaufte, wo ich nur konnte, das sozialdemokratische Wochenblatt, die „Wahrheit".

Da kam im Jahre 1914 der Weltkrieg. Wir hofften, daß nun die Internationale eingreifen würde, aber nichts war davon zu spüren. Im Gegenteil, die Arbeiter aller Länder zogen begeistert in den Krieg. Die Hoffnung auf die internationale Solidarität war verflogen. Im Glauben an die gute Sache arbeiteten wir, wenn auch versteckt, weiter und versuchten, die Massen vom Kriege abzuhalten. Die allgemein eintretende Not unterstützte unseren Kampf und im Jahre 1918 kam es zum Zusammenbruche. Ich arbeitete zu dieser Zeit in der Steyrer Waffenfabrik.

Eine ungeheure Begeisterung für den Marxismus flammte auf. Hieß es doch, daß es nun weder Sieger noch Besiegte geben werde, daß die alte Monarchie gestürzt und eine demokratische Republik in „Schönheit und Würde" aufgebaut werden soll, ein Staat, in dem jeder Arbeit und Brot, wie eine gerechte Entlohnung erhält, in dem die Korruption abgeschafft und die Kriegsgewinner zur Verantwortung gezogen werden sollen. Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit sollten nunmehr herrschen; wir glaubten unser lang und heiß ersehntes Ziel erreicht.

Wer von uns begeisterten Menschen beachtete es damals, daß „Friedensverträge" geschlossen wurden, die, obwohl zum Großteil von Sozialistenführern unterzeichnet, für das deutsche Volk, das am Kriege doch unschuldig war, nur Elend, Not und Knechtschaft bringen mußten. Doch nur zu bald sollten wir erleben, daß alle Versprechungen bloßer Schwindel und Betrug waren.

Vorerst wurden in Steyr 10 000 Arbeiter herausgeschmissen und damit brotlos gemacht. Auch ich mußte daran glauben. Die Garantie auf „Arbeit" war damit zum Teufel und so kämpften wir für „Freiheit" und „Brüderlichkeit" weiter, obwohl es auch in diesen Dingen immer schlechter wurde.

Ich verbiß mich noch mehr in die marxistischen Parolen bis zum Jahre 1927 und wollte nicht sehen, daß so manche unserer Führer, wenn sie in eine einflußreiche Stellung kamen, mit den Kapitalisten mehr gemeinsam hatten, als mit ihren früheren Genossen.

Immer häufiger traf ich ehemalige Genossen, die ich von früher her kannte, und die ich als ehrliche Kämpfer für die Rechte der Arbeiter achten und schätzen gelernt hatte. Sie erzählten mir, daß sie es endlich satt hätten, sich nur an der Nase herumführen zu lassen, daß der Sozialismus durch die oberen Führer, die zum größten Teil Juden sind, längst verraten sei, daß die Arbeiter der anderen Länder nur auf ihren Vorteil schauen und uns im Stiche lassen. Sie waren durchwegs Judengegner, weil diese nicht arbeiten, sondern nur auf Kosten der Arbeiter angenehm leben wollen. Sie hätten sich deshalb dem deutschen Arbeiterführer Hitler angeschlossen, der den ganzen Schwindel aufgedeckt und die deutschen Arbeitsmenschen wieder einig machen wolle.

Ich dachte oft und oft über diese Dinge nach und mußte mir eingestehen, daß diese Hakenkreuzler, wie sie sich nannten, recht hatten.

Da wurde eines Tages von sozialdemokratischer Seite die Parole ausgegeben: „Schlagt die Hakenkreuzler nieder, wo ihr sie erwischen könnt, denn das sind Arbeitermörder und Kapitalistenknechte". Das war mir nun endlich zu viel. Es waren doch meine Arbeitskollegen, mit denen ich befreundet war, ehrliche anständige Kerle, die sich nie für eine schmutzige Sache hergegeben hätten und die sollte ich nun totschlagen, sollte zum Mörder an ihnen werden, nur deshalb, weil sie davon überzeugt waren, daß ihr Weg zur Befreiung der Arbeiter der richtige sei.

Ich erkannte die Zusammenhänge der ganzen Hetze und meldete nach 14jähriger Mitgliedschaft meinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei.

Am 28. Oktober 1928 hatte ich in Passau Gelegenheit, den deutschen Arbeiterführer Hitler das erste Mal zu sehen und sprechen zu hören. Es war ein Erlebnis für mich, das ich mein Leben lang nicht vergessen werde. Ich hatte gefunden, was ich als ehrlicher deutscher Arbeiter immer suchte und schloß mich der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei als Mitkämpfer an.

Sepp Bugelmüller,
Bezirks-Betriebszellenwart in „Arbeitsfront",
Zeitschrift der österreichischen NSBO.

Amerika und die deutschen Studenten

Der Kampf um die deutsche Hochschule begegnete bisher in der ausländischen Presse gar keinem oder zumindest nur einem sehr geringen Verständnis. Wo er wirklich zuweilen vermerkt wurde, geschah es in jener falschen Bewertung, die die einseitigen und die Tatsachen verdrehenden Informationen der sogenannten deutschen „Weltpresse" bei dem Ausland als Spiegelbild des geistigen Ringens aufkommen ließ. Erst als der Nationalsozialismus das gesamte deutsche Leben derart durchdrang, daß seine Machtposition innerhalb der deutschen Politik von Monat zu Monat offenbarer wurde, sah sich die ausländische Presse genötigt, ihre Meinung zu revidieren, daß die Berliner Asphaltpresse ein wahres und erschöpfendes Bild der deutschen politisch-geistigen Anschauung böte. Eine eigene unvoreingenommene Beobachtung mußte einsetzen.

Nun erst wuchs das Verständnis für das Wesensgefüge dieser gewaltigen deutschen Bewegung. Zugleich wurden die Blicke des ausländischen Beobachters auch auf die einzelnen Ausschnitte des nationalsozialistischen Kampfes gelenkt. Damit trat zwangsläufig der Kampf um die deutsche Hochschule in dieses Blickfeld. Man versuchte jetzt, Einzelgeschehnisse, die man vordem nur als Skandale aufgehetzter und unreifer Studenten kennengelernt hatte, einzugliedern in die umfassende neue deutsche politische Idee. Selbst die ausgesprochen deutschfeindliche Presse mußte dieses ideengebundene Wollen als Wurzel des Hochschulkampfes zugeben. Ein aufschlußreiches Beispiel ist ein Artikel der „Newyork-Times" vom 17. Januar 1932, der unter der Ueberschrift „Die deutschen Studenten scharen sich um die nationalsozialistischen Fahnen" den Eindruck des Londoner Korrespondenten des Blattes aus einer Reise durch die deutschen Universitätsstädte wiedergibt. Zunächst schildert er drei Beispiele der nationalsozialistischen Empörung gegen Hochschulprofessoren: Der Fall Gumbel in Heidelberg, der Fall Nawiasky in München und der Fall Dehn in Halle. Diese Empörung sei nicht, als der Ausdruck einer Freude am Lärmschlagen zu betrachten. Es heißt wörtlich: „Denn sie (die nationalsozialistischen Studenten) sind ehrlich davon überzeugt, daß, wenn sie einen Professoren vom Katheder zu vertreiben suchen, ihr Handeln von den höchsten vaterländischen Motiven bestimmt ist, daß sie es ihrem Vaterlande gegenüber schuldig sind. Sie tun es für deutsche Einigkeit und deutsche Kultur."

Wie lebensfremd wirkt es dagegen, wenn ein deutscher Rektor dem amerikanischen Journalisten erklärt: „Wir sind leider machtlos gegen diese von München organisierten Demonstrationen. Die Studenten sind Nationalsozialisten, bevor sie auf die Universitäten kommen. Aber sie kommen nicht, um die Wahrheit zu erforschen, sondern nur um voreingenommene Ideen zu propagieren und zu verfechten." — Verständnislosigkeit um die Seele der deutschen Jugend und eigene Haltlosigkeit bezeugen diese Worte des Rektors. Aber er ist keine Einzelerscheinung, sondern der Repräsentant der Mehrzahl der deutschen Professorenschaft. Eine begeisterte Jugend wird sich stets führen lassen. Die eine Voraussetzung ist allerdings, daß diejenigen, die diese Jugend zu führen beanspruchen, selber Führereigenschaften besitzen müssen.

Der amerikanische Journalist erkennt die Wandlung im deutschen Studentenleben, wenn er — entgegen der kitschigen und unwahren deutschen Filmproduktion — feststellt: „Die alten romantischen Tage des deutschen Universitätslebens sind vorüber. Die Operette „Alt-Heidelberg" ist das Idyll einer vergangenen Zeit. Wenn deutsche Studenten früher einen großen Teil ihrer Zeit zum Fechten, Singen, Biertrinken und Flirten übrig hatten, ohne dabei jemals an Politik zu denken, kämpfen heute die meisten von ihnen um das sehr unromantische Problem ihrer Existenzfrage. Sie vollenden ihr Studium mit einem oft unglaublich kleinen Wechsel für Berufe, die bereits hoffnungslos überfüllt sind . . . . Sie können mit keiner großen Begeisterung studieren, seitdem sie wissen, daß es ihnen später kaum möglich sein wird in dem Beruf, für den sie sich so fleißig vorbereiten, eine Lebensstellung zu finden."

Ein weiterer Abschnitt ist dem Versuch, die „Flut des Nationalsozialismus" zu ergründen, gewidmet. Er handelt über Versailles: „Diese jungen Nationalsozialisten fühlen, daß Deutschland verraten und entehrt wurde und daß es die große Aufgabe der jungen Generation ist, diesen Vertrag zu zerreißen und die Nation zu einigen, wie es ihre Vorfahren nach der Unterdrückung durch Napoleon taten." Der amerikanische Journalist glaubt in Deutschland eine neue „politisch-nationalistische Romantik" zu sehen. Er kommt sogar zu der eigenartigen Meinung, daß „Goethe heute keinen sentimentalen „Werther" mehr schreiben würde, sondern den zeitgemäßen Roman eines nationalen Studenten, vielleicht eines Nationalsozialisten". Ein Bruchteil eines Aufsatzes aus einer Zeitung der „Deutschen Studentenschaft" und die wörtliche Wiedergabe eines Gespräches mit einem nationalsozialistischen Studenten werden als Beispiele dieser neuen „politisch-nationalen Romantik" angeführt. „Es ist im Augenblick wichtiger unser Volkstum zu verteidigen, als zu studieren, während dabei die Nation zu Grunde geht", ist die Antwort auf eine Frage nach der Interessensphäre der jungen Nationalsozialisten. Und der amerikanische Journalist muß eingestehen: „Während die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland die politische Macht im Augenblick noch nicht übernommen hat, hat sie sie auf den Universitäten schon beinahe erobert . . . . Die Astawahlen dieses Winters werden zeigen, daß die Nationalsozialisten bei weitem die stärkste Partei, wenn nicht sogar schon in der absoluten Mehrheit sind."

Das Ausland beginnt sich zu bemühen, die vorstürmende Welle der deutschen Erhebung zu verstehen. Das Verständnis wird wachsen, wenn wir einmal jene „deutschen" Zeitungen und politischen Dunkelmänner, die uns heute noch ungestraft in der Welt diskreditieren können, zum Schweigen gebracht haben.

Arnim Bledow.

Die Wahrheit ist das Bezugsgeld wert

MARCHIVUM

Was schuldet das Reich den Liquidations-Geschädigten?

In der Frankfurter Börse hielt die Interessenvertretung der deutschen Liquidationsgeschädigten in Verbindung mit dem Schutzverband geschädigter Auslandsdeutscher, Kolonialdeutscher und Verdrängter Anfang März ihre diesjährige Generalversammlung ab. Rechtsanwalt Dr. Fürst, Frankfurt, führte einleitend aus, daß eines der Hauptargumente Frankreichs gegen eine Aufhebung der Reparationslasten die Unterstellung sei, daß Deutschland im Falle einer Aufhebung der Lasten der einzige europäische Staat sei, der keine innere Schulden habe, was ihm gegenüber den andern Ländern ein Uebergewicht geben könne. Es sei daher — kurz vor der Lausanner Reparationskonferenz — an der Zeit, nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß die Verpflichtungen des Reichs gegenüber den Liquidationsgeschädigten in Höhe von 10 Milliarden noch immer schwebten. Insgesamt lägen 335 000 Schadensanmeldungen vor, die Anzahl der Vertriebenen betrage rund eine Million. Durchschnittlich gerechnet entfalle von der Gesamtsumme der gezahlten Reparationslast in Höhe von 65 Milliarden — soweit wenigstens anerkannt, ein Betrag von 9000 RM. auf einen Vertriebenen, da die Summe des beschlagnahmten und auf die Reparationszahlungen angerechneten Eigentums 10 Milliarden ausmache. Das sei das Zehnfache des auf den Inlandsdeutschen entfallenden Betrags. Hieraus erwachse dem Reich die Pflicht, sich nachdrücklich für die Entschädigung einzusetzen. Es sei gelungen, für besonders schwer liegende Fälle die Zusicherung von Erleichterungen durch das Finanzministerium zu erhalten. Der Redner bemängelte, daß Polengeschädigte durch Auszahlung des 2—3fachen Betrags der an die übrigen Geschädigten zur Auszahlung gekommenen Beträge bevorzugt würden, daß weiterhin die Dessauer Gaswerke als Geschädigte bei einem Schaden von 62 Millionen und dem üblichen Anspruch von 15 Prozent gleich 9 Millionen Reichsmark nicht nur volle 52 Millionen, sondern darüber hinaus noch 4,5 Millionen Zinsen erhalten hätten. Die Interessenvertretung erstrebe mit Erfolgsaussicht die offizielle Zulassung zur Lausanner Konferenz. — Der Vorsitzende des Schutzverbandes, Trapp, Berlin, verurteilte in scharfer Form das Verhalten des Bundes der Auslandsdeutschen, der eine gerechte Regelung der Geschädigten sabotiere.

Oesterreichischer Wandervogel und NSDAP

Ww. Der Oesterreichische Wandervogel gibt bekannt, daß er auf seinem letzten Führerthing folgenden für die gesamte Führerschaft des Bundes ausnahmslos maßgebenden Beschluß gefaßt habe:

„Der Oesterreichische Wandervogel bewahrt weiterhin seine **parteipolitische Unabhängigkeit** in jeder Beziehung. Unser Bund ist unser Stück Deutschland, das mit allein unseren Kräften zu betreuen wir berufen sind. Jeder Scharführer, jeder Bursch, und jedes Mädel in den Gruppen hat diesen unseren Frontabschnitt zu verteidigen und von ihm aus unser Zeichen vorzutragen. **Den Männern und Frauen unserer Volkschaft, die Wille und Eignung zu parteipolitischer Tätigkeit besitzen, bietet die NSDAP. die derzeit wohl wirksamste Möglichkeit dazu.** Eine Beeinflussung oder Bindung der Glieder der Volkschaft zu dieser Partei wird vom Bunde aus nicht durchgeführt. Der Umstand, daß wir alle dem Gedankengehalt und der Ethik nach nationale Sozialisten sind, kann noch **keinen Zwang** zu einer politischen Betätigung unserer Glieder in der NSDAP. rechtfertigen."

Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß auch die überparteilichen Jugendverbände allmählich zu der Erkenntnis kommen, daß die politische Erziehung und Schulung am besten durch die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei ausgeführt werden kann. Es ist auch zugleich für uns eine Erkenntnis, daß die Jugendverbände heute schon einsehen lernen, daß der Wille zur politischen Betätigung sich auch in überparteilichen Verbänden nicht ausschalten läßt. Wir hoffen nur, daß sich zu dieser Erfahrung bald alle bündischen und neutralen Jugendverbände durchringen werden.

Deutscher Junge!
Du gehörst
in die Hitler-Jugend!

Hauptschriftleiter Dr. W. Kattermann.
Verantwortlich für Innenpolitik und badische Politik: Dr. W. Kattermann; für Außenpolitik, Feuilleton und Roman: B. Seeger-Reil; für Gemeindepolitik, Lokales und Bewegungsteil der Bezirke Mannheim und Weinheim: W. Kapel-Mannheim; für Gemeindepolitik, Lokales und Bewegungsteil der übrigen Gebiete: Ueberle; für Rad und Fern und Sport: Ueberle; für Anzeigen: Hammer-Heidelberg, Ott-Mannheim. Sämtliche in Heidelberg. (W. Kapel, R. Ott in Mannheim.)
Sprechstunden der Redaktion: täglich 17—18 Uhr.
Druckerei Winter, Heidelberg

Heidelberg

Stadttheater Heidelberg.

Donnerstag 17. März	19.45 — 22.15	Abonn. B 26. Neu einstudiert: **Der Biberpelz** Eine Diebeskomödie von Gerhard Hauptmann.
Freitag 18. März	19.45 — 22.30	Abonn. C 26. **Wilhelm Tell** Schauspiel von Fr. v. Schiller.
Samstag 19. März	19.45 — 21.45	Halbe Preise. **Der Mustergatte** Schwank von A. Hopwood.
Sonntag 20. März	15.00 — 17.45	Außer Abonn. u. Fr.V.B. Abt. C **Der Vogelhändler** Operette von Carl Zeller.
	20.00 — 22.45	Ermäßigte Preise. **Liebe und Trompetenblasen** Operette von Marc Roland.

1305 Plätze **CAPITOL** 1305 Plätze
Das vielseitige Groß-Theater erstklassiger Leistungen!
Ein Tonfilm wie er noch nie da war
Das Volksstück, bunt wie das Leben selbst, in dem die Darsteller nicht spielen, sondern ihre Rollen leben!
MEIN LEOPOLD
mein Sohn ist meine einzige Passion . . .
nach dem berühmten Volksstück v. L' Arronge mit
Max Adalbert **Gustav Fröhlich**
Herrmann Thimig — Harald Paulsen — Lucie Englisch — Ida Wüst u. a.
Ein Film der packt und begeistert!
BÜHNE: Lachprofessor Niklas (letzter Tag)
Das interessante Tonbeiprogramm:
1. Welt-Schau: Im Westen Amerikas — 2. Masuren, das Land der 1000 Seen — 3. Ufatonwoche — Orgelvortrag!
Beginn: 4, letzte Vorst. 8.20 Uhr. — Jugendl. nachm. Zutritt (ab 55 Pfg.)
Capitol bietet Qualität!

Herrenhüte
reinigen, bügeln, neu garnieren, jetzt
3.50 Mk.
Hermann STUMPF
Hutmacher
Hauptstraße 56
Schrieder-Rondell 9
Bahnhof
Fernsprecher 3087

Versäumen Sie es nicht!
Ein erstklassiges eichen. **Schlafzimmer** mit Nußbaum abgesetzt. Schrank 180 cm breit mit Waschk. und Spiegel und echt. weiß. Marmor, 2 Bettstellen und 2 Nachtschränkchen. Ein sehr schön. kauk. Nußbaum **Speisezimmer** hochglz. poliert, 180 cm breit, mit Glasvitrine. Ein wunderschön. Biedermeier **Wohnzimmer** 8 teilig. Sämtliche Zimmer weit unterm Tagespreis zu verkaufen mit mehrjähriger Garantie.
H. Pecht u. K. Hartmann
Möbelschreinerei
Alte Bergheimer Straße 3.

MIETEN GESUCHT
Kinderloses Ehepaar Pg. in den 40 J. sucht
1—2 Zimmer
mit Küche, beschlagnahmefrei, zum 1. Mai 1932. Angeb. unter 275 an den Verlag dieser Zeitung.

Geldmarkt
Erste Hypotheken
u. Ablösungen, 4% Zins, 1½% Tilgung, in 28 J. schuldenfrei, durch
Wink, Handschuhsheim am Bahnhof.

Habe meine Praxis wieder aufgenommen
Dr. Klumpen
Steubenstr. 43 Telephon 1557

Möbel
gut und billig beim Fachmann
Ernst Huth
Schreinerei u. Möbellager
Schulzengasse 12.

Neu! Neu!
Tod dem Marxismus
von
Gauleiter R. Wagner.
Völkische Buchhandlung, Heidelberg
Marktplatz 3.

Bergheimer Entfettungstee
Mk. 1.80
wohlschmeckend, wirksam, unschädlich. Bestandteile: Fuc., species lauant cps., radices et salia.
Ferner empfehle:
Asthmatee Nerventee
Entkalkungstee
Bergheimer Apotheke Heidelberg.

Handarbeiten
werden schnell und billig angefertigt.
Zu erfr. unter Nr. 241 im Verlag d. Ztg.

Laden
evtl. mit Nebenraum, möglichst Hauptstraße zu mieten gesucht.
Angebote mit Beschreibung und Preisangabe unter Nr. 282 an den Verlag d. Ztg.

Mannheim

CAPITOL
Ab heute das gewaltige Filmwerk
Heinrich George
Menschen hinter Gittern
Der Aufruhr von 3000 Zuchthäuslern die nichts zu verlieren und alles zu gewinnen haben.
4.15 Preise: 40, 60, 80 8.30

Amtliche Bekanntmachungen.

Warnung
betreffs Ausführung von Wasser-, Gas- und elektrischen Installationen.

Anläßlich der bevorstehenden Wohnungswechsel ist es wichtig, erneut darauf hinzuweisen, daß die Herstellung von Anschlüssen an das städt. Leitungsnetz für Wasser, Gas und elektrischen Strom, die Ausführung von Erweiterungen und sonstigen Aenderungen der Versorgungsanlagen und das Anschließen der Verbrauchsgegenstände, wie Badeeinrichtungen, Gasherde und Beleuchtungskörper, nur von solchen Installateuren erfolgen darf, die von uns hierzu zugelassen sind. Von anderen Personen ausgeführte Anlagen können von uns nicht beliefert werden. Auch haften in solchen Fällen die Auftraggeber für alle Personen- und Sachschäden, die durch diese Arbeiten entstehen.

Verzeichnisse der zugelassenen Installateure können in unserem Verwaltungsgebäude, K 7, in unserem Stadtbüro, Rathausbogen 21, für Wasser und Gas bei der Spengler- und Installateur-Zwangsinnung, M 5, 5, und für elektrischen Strom bei dem Reichsverband der Elektro-Installateure, S 6, 16, eingesehen werden.

Direktion der städt. Wasser-, Gas- und Elektr.-Werke.

Meiner geschätzten Kundschaft zur Kenntnis, daß ich meine
Medizinal-Drogerie
von der Langerötterstraße 96
nach S 6, 36 verlegt habe.
Inhaber: Eduard Bächler

Möbel-Haus Schwalbach Söhne
Wir erfüllen alle Ansprüche welche zu einer behaglichen Wohnung gehören, solid, zuverlässig, preiswert und billig. Eigene Polsterwerkstätte nur **B 7, 4** b. Friedrichspark, kein Laden.

Das Vertrauen
praktischer Hausfrauen gewinnt man durch Qualität und Billigkeit. Den Beweis liefert Ihnen
Hanns Steinmüller
(erblindet)
Bürstenwaren und Lebensmittel
M 3, 5 / Telefon 30976
5% Rabatt

Offenbacher Lederwaren
Schulranzen u. Mappen
Lorenz Schütz
R 3, 12

Fahrräder
werden zu Spottpreis. dir. an Priv. abgegeben.
Doppler, K 3, 2, Hths
Fahrradgroßhandlung

Welde-Bräu, Kaiserring 32
Kulmbacher Reichelbräu
prima Mittag- u. Abendtisch

FISCHLER & SCHRECK
Inh.: Dr. H. Schreck
Brennstoffe aller Art
Telefon 261 74 R 7, 25

Bäckerei Fritz Andermann
Schwetzingen, Mannheimer Straße 7
Telephon 593
empfiehlt Backwaren aller Art in guter Ausführung — 2mal täglich frische Brötchen

Praktische Ostergeschenke
wie: Bestecke, Taschenmesser Scheren, Nagelpflege-Etuis usw.
Reiche Auswahl — Niedrigste Preise
Friedrich Schlemper
Spezialhaus für Solinger Stahlwaren. G 4, 15 (Jungbusch-str.) Tel. 312 48.

Fahrräder
in jeder Preislage
Opel von RM. 57.50 an
Kayser RM. 80.—
Fahrradteile staunend billig
R 3, 16 **Penn** O 4, 14
Seckenheimer Straße 34
Schwetzinger Straße 76

Bürsten Besen Putzartikel
nur von
Martin Bonifer
Mannheim, P 3, 4
Gegr. 1880

LUISE RULLMANN
Mhm.-Feudenheim
Schwanenstr. 60
empfiehlt
Kolonialwaren
Lebensmittel
Zigarren
Zigaretten
Weine und Liköre
Obst und Südfrüchte
Annahmestelle der Wäscherei Edelweiß.

Bücher
die in Prospekten oder Inseraten angekündigt oder im redaktionellen Teil besprochen werden, können Sie durch uns beziehen. Nicht vorrätige Bücher beschaffen wir schnellstens.
Völkische Buchhandlung, Mannheim
P 5, 13a

Wohnungseinrichtung: gebraucht. Am 1. 4. 32 ist der große Wohnungswechsel. Besond. werd. die Wohnungen v. gut bürgerl. Rentiersfamilien verkleinert. Und in dies. Fällen komm. d. Herrschaften ganz besond. gerne zu uns, weil sie wissen, daß wir ihre gut erhaltenen Möbel in Zahlung nehmen. Von ein. derartig. gut bürgerl. Witwe erhalten wir nun ein kompl. **nußbaumpol. Schlafzimmer** best. a.: 1 groß. 2tür. Kleiderschrank, 1 Waschkomm. m. echt. Marm., 2 Nachttischchen m. echt. Marm., 2 Bettstellen m. Rösten u. 2 Stühlen. Ferner: 1 kompl. **Küche,** best. a.: 1 Küchenschrank, 1 Anrichte, 1 Tisch u. 2 Stühlen. Für einige Mark könn. Sie sich diese Küche in elfenbein streichen u. Sie haben sicherl. noch viele Jahre Ihre Freude daran. Alles kompl. geben wir Ihnen ab für 158 RM. geg. sof. Kasse. Für Jungverlobte eine gut bürgerl. Wohnungseinrichtung.
Landes, Mannheim-Lindenhof,
Bellenstr. 2 (alte Oelfabrik) direkt hint. Hauptbahnhof. Durchgehend geöffnet von 8—7 Uhr.